

echo der arbeit
8 64

HÜTTENWERK OBERHAUSEN AG

thyssenkrupp Corporate Archives

RATIONALISIERUNG DURCH »STAHLKARUSSELL«

Die Bestell-Liste für Stab- und Formstahl umfaßt mehrere hundert genormte Massen-, Qualitäts- und Spezialstähle und Abmessungen, deren Kombinationen in die Tausende gehen. Genug jedenfalls, um alle diejenigen Werke der Eisen- und Stahlindustrie, die in den letzten Jahren moderne Hochleistungsstraßen gebaut haben, vor ein außerordentlich schwieriges Problem zu stellen: Kontinuierlich arbeitende Anlagen können nur dann optimal ausgelastet werden, wenn von jeder Abmessung große Mengen durchgesetzt werden. Die Wirklichkeit sieht aber anders aus. Die Bestell-Lose der Kunden sind in vielen Fällen so klein, daß von einer rationellen und kostengünstigen Fertigung nicht gesprochen werden kann. Denn bei jedem Abmessungswechsel müssen die Walzstraßen stillgelegt und umgestellt werden. Und Stillstandszeiten kosten Geld. Es ist kein Ausnahmefall, daß diese Zeiten oft größer sind als der eigentliche Walzprozeß. Die Kostenvorteile einer schnellaufenden kontinuierlichen Straße verkehren sich dadurch ins Gegenteil.

Die Einkaufsgepflogenheiten des deutschen Handels, aber auch der scharfe Wettbewerb haben die deutschen Werke in den letzten Jahren gezwungen, die jeweils technisch möglichen Programme aller Abmessungen so häufig wie nur irgendwie noch vertretbar abzuwalzen. Einfach weil man sich sagte, daß es immer noch besser sei, die Walzstraßen mit vielen Kleinstaufträgen auszulasten, als sie nur unzureichend zu beschäftigen.

Wie kann man nun erreichen, daß Walzstraßen mit optimalen Walzlosen beschäftigt werden? Vier Unternehmen der eisenschaffenden Industrie, die Dortmund-Hörder Hüttenunion AG, die Hoesch AG Westfalenhütte, die Hüttenwerk Oberhausen AG und die Mannesmann AG, Werk Huckingen, haben gemeinsam überlegt, welcher Ausweg gefunden werden kann. Sie haben beschlossen, auf dem Stab- und Formstahlgebiet zusammenzuarbeiten und bei der Hohen Behörde der Montanunion ihr Vorhaben zur Genehmigung vorgelegt. Die Zusammenarbeit soll sich auf Stabstahl, einschließlich Betonstahl und auf Formstahl, ausschließlich Grubenausbaustahl und Breitflanschträger erstrecken und etwa 200 genormte Massen- und Qualitätsstähle und 1300 Normabmessungen umfassen.

Wie diese Zusammenarbeit aussieht, ist schnell erklärt. Die vier Unternehmen werden ein „Stab- und Formstahlkontor" einrichten, das alle Bestellungen sammelt und den einzelnen Werken so zuleitet, daß die Walzstraßen in einem karussellartigen Wechsel untereinander nur mit einem Teil des Abmessungsfächers beschäftigt werden und die auf diesen Teil des Abmessungsfächers entfallenden Mengen so vergrößert werden, daß optimale Walzlose erreicht werden.

Das geplante Stab- und Formstahlkontor ist also kein Verkaufs-, sondern lediglich ein „Koordinierungskontor". Die Werke verkaufen getrennt über ihre bisherigen Handelswege und behalten den Kontakt mit den Verbrauchern. In bezug auf die Preisgestaltung wird sich also keine Veränderung des zur Zeit bestehenden Zustandes ergeben.

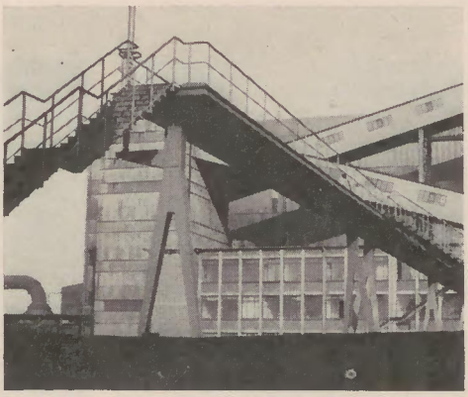
Der Anteil der vier Werke an den Lieferungen zur Versorgung des Gemeinsamen Marktes auf dem Stab- und Formstahlsektor hat sich in den letzten Jahren rückläufig entwickelt. Bei Stabstahl betrug der Anteil im Jahre 1963 im Monatsdurchschnitt 8,65 %, während er 1962 noch bei 9,38 % und 1961 bei 10,39 % lag. Bei Formstahl lag der Anteil der Werke 1961 bei 10,75 %, stieg 1962 auf 11,17 % und fiel 1963 auf 10,74 %. Die Zahlen besagen aber auch, daß sich durch die vorgesehene Zusammenarbeit keine unzulässigen Marktanteile ergeben. Ergeben werden sich allerdings wesentliche Rationalisierungseffekte für die beteiligten Werke. Die Walzlose je Abmessung werden erhöht und die Leerlaufzeiten verringert. Nach einer Untersuchung können dadurch bei modernen Straßen pro durchgesetzter Tonne Einsparungen in der Größenordnung von etwa 10 bis 15 % der Walzspanne erzielt werden. Darüber hinaus wird die Kapazität der Walzstraßen durch Herabsetzung der Stillstandszeiten besser ausgenutzt. Auch hier ergaben Untersuchungen, daß die Kapazität einer modernen Stabstahlstraße durch diese Zusammenarbeit um 50000 Jahrestonnen oder rund 15 % höher ausgenutzt werden kann. Aber auch der Stahlverbraucher wird aus der Zusammenarbeit der vier Unternehmen mancherlei Vorteile ziehen. Die rationellere Erzeugung mindert den Kostendruck bei den beteiligten Werken und den von den Kostensteigerungen ausgehenden Wunsch nach Preiserhöhungen. Die vier Werke bieten praktisch ein komplettes Abmessungsprogramm, so daß Verbraucher und Handel ihren Bedarf nicht mehr entsprechend den technischen Walzmöglichkeiten der einzelnen Werke aufsplittern müssen. Schließlich ermöglicht das vorgesehene „Karussellfahren" eine kurzfristigere und kontinuierlichere Versorgung und damit eine Verringerung der Lagerhaltung.

Die Wettbewerbsstellung der relativ kleinen deutschen Stahlunternehmen auf dem sich immer mehr verflechtenden Weltmarkt ist nur durch überbetriebliche Kooperation zu halten. Das jedenfalls ist die Überzeugung der vier beteiligten Unternehmen, die unter den verschiedenen Möglichkeiten überbetrieblicher Zusammenarbeit einen Weg gewählt haben, der den einzelnen Werken auch weiterhin ihre Eigenständigkeit garantiert.

Hoesch Krupp Corporate Archives

AUS DEM INHALT

SEITE 4



Stahl
gegen Tod
auf der Straße

SEITE 8



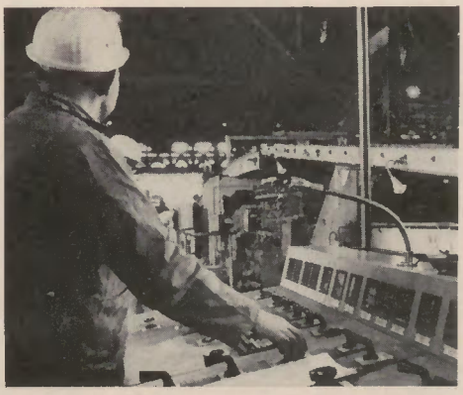
Eine
Stunde
„Erste Hilfe"

SEITE 10



50 Jahre
Diener der
Wirtschaft

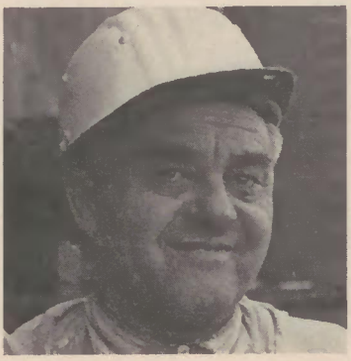
SEITE 14



Warmband-
anlage
verarbeitet
Coils

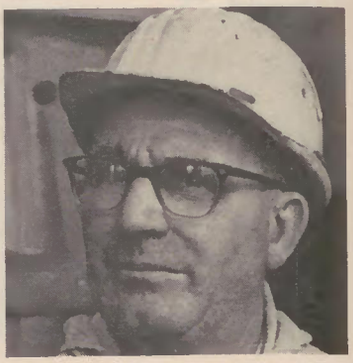
thyssenkrupp Corporate Archives

Durch Plakate, Rundschreiben und persönliche Gespräche wurde unse Belegschaft auch in diesem Jahr wieder auf die Möglichkeiten des ve mögenswirksamen Sparens hingewiesen. Wir hörten uns im Betrieb u „Werden Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen?" Der Termin ist je zwar abgelaufen, aber es ist dennoch interessent, wie einige Kolleg dazu stehen.



Johann Aschenbrenner, Anschläger SM I

Ich mache das schon 3 Jahre und in diesem Jahr auch. Wenn ich es abhebe, bekomme ich nur 50 DM und wenn ich es anlege, bekomme ich in 5 Jahren 140 DM. Da habe ich gut dran verdient.



Viktor Kerschein, Betriebselektriker SM I

Ja, ich lege auch in diesem Jahr m Geld, an. Habe schon zweimal angel In 5 Jahren habe ich zusätzlich ein Urlau geld, und ich nutze auch dabei die ste lichen Vergünstigungen aus.

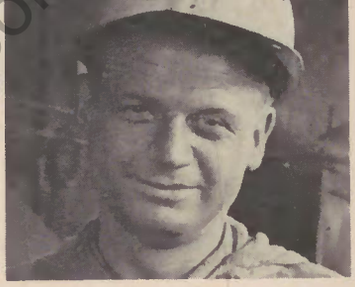
Heinrich Kowalski, Lokführer

Habe noch nie davon Gebrauch gemacht und tue es auch dieses Jahr nicht. Ich sage mir, die 80 DM sind mir jetzt lieber, als in 5 Jahren. Die Preise steigen ja dauernd. Ich weiß nicht, was die 80 DM noch in 5 Jahren wert sind.

Horst Kehlut, Walzer, Fertigstra

In diesem Jahr werde ich die 80 DM wahrscheinlich anlegen. Es soll ein sätzliches Urlaubsgeld sein. Habe allen Dingen an die steuerliche günstigung gedacht.







Bernhard Wolf, Stahlwerk-Gießgrube

Nein, ich brauche mein Geld und habe 3 Kinder und noch allerhand anzuschaffen.



Wilhelm Galikowski, Anschläger SM I

Ich lege mein Geld nicht an. Kann es so gebrauchen. Ich weiß nicht, nächstes Jahr ist. Um zu sparen, mein Verdienst nicht.

Hubert Faks, Elektriker NO

Ich spare schon seit 3 Jahren und lege das Geld auch in diesem Jahr wieder an. In der Hauptsache spare ich, um steuerliche Vorteile auszunutzen.

K.-H. Sobek, Sicherheitsmeister

Ich lege mein Geld auch in diesem an. Ich verdiene sehr gut dabei, u 5 Jahren lege ich es für meine To auf ein Heiratskonto.





thyssenkrupp Corporate Archives



Die Situation der Grundstoffindustrien, ihre Sorgen, ihre Erfolge und schließlich ihr Schicksal berührt nicht nur die Stahlfachleute, die auch in diesem Jahr wieder zum Eisenhüttentag nach Düsseldorf kamen. Weite Kreise der Öffentlichkeit verfolgen mit Interesse die technische und wirtschaftliche Entwicklung dieser Industriezweige. An ihre Adresse waren deshalb auch die „Ausführungen zur Lage" gerichtet, mit denen der Vorsitzende des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute, Professor Dr.-Ing. Hermann Schenck, auf der Hauptsitzung des Eisenhüttentages zur augenblicklichen Situation Stellung nahm.

Professor Schenck führte aus, daß sich der letzte Rückgang der Eisen- und Stahlproduktion — nicht des Verbrauches — über einen längeren Zeitraum, nämlich von 1961 bis 1963 hingezogen habe.

Erst im laufenden Jahr würde die Eisen- und Stahlindustrie die Spitzenerzeugung von 1960 wieder erreichen und voraussichtlich um 3 bis 3,5 Mill. Tonnen überschreiten. Wenn man die zum internationalen Vergleich besser geeigneten Produktionszahlen je Kopf der Bevölkerung wählen würde, bedeute das für 1964 eine Mehrerzeugung von 23 kg gegenüber 1960. Für den gesamten Montanunionsbereich belaufe sich die Zunahme im gleichen Zeitraum auf 29 kg.

Einige traditionelle Stahleinfuhrländer hätten den Beschluß gefaßt oder bereits verwirklicht, ihren Bedarf selbst zu decken oder Stahl zu exportieren. Andere Länder hätten klar angekündigt, daß sie nicht mehr daran dächten, ihre Bodenschätze als unverarbeitete Rohstoffe den Industrieländern auszuliefern.

Da in den industriell hochentwickelten Gebieten keine Neigung bestehe, auf die traditionelle Entwicklung zu verzichten, sehe man sich vor die Aussicht gestellt, daß die Produktionsmöglichkeiten — zum mindesten periodisch — schneller steigen als der Bedarf. Diese Aussicht hätten wir in Rechnung zu stellen, ganz unabhängig davon, daß der Stahlverbrauch als Folge von Hilfsmaßnahmen für Entwicklungsländer, vielleicht schneller als bisher zunehmen würde. Die Tatsachen drängten uns jedoch zu überlegen, auf welche Weise wir uns eine ausreichende Beteiligung an der Deckung des Weltbedarfs bewahren können. Die Antwort, die Professor Schenck gab, lautete „unser Stahl muß attraktiv sein, preisgünstig und zur rechten Zeit verfügbar, vorzüglich und zuverlässig in der Qualität". Professor Schenck bedauerte, daß die wirtschafts- und finanzpolitischen Wettbewerbsverzerrungen, die andere Länder auf unsere Kosten begünstigten, trotz aller Anstrengungen der EWG-Kommission und der Hohen Behörde noch nicht beseitigt seien. Für unsere Werke sei und bleibe daher die Kostensenkung das große technisch-wirtschaftliche Problem, das unaufhörlich von allen Seiten beleuchtet werden müsse.

Nach einem Hinweis auf die gut überschaubare Entwicklung bei der Versorgung mit Eisenerz, bei der sich unter dem Einfluß vieler neuerschlossener Lagerstätten die Preisschwankungen in tragbaren Grenzen bewegt hätten, befaßte sich der Vorsitzende des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute eingehend mit dem Energieträger Kohle. Professor Schenck betonte, daß sie für den Hüttenmann mehr als nur eine der möglichen Energiequellen sei. Sie sei die unentbehrliche Energieform zum Betrieb der Hochöfen. Infolgedessen sei die Kohle ein Kostenelement, aus dessen Entwicklung ein unmittelbarer Einfluß auf die Roheisenkosten abzuleiten sei. Die Hochofenwerke hätten dieser Sachlage durch ihre Anstrengungen, den Koksverbrauch je Tonne Roheisen zu senken, mit Erfolg Rechnung getragen. Aus der Senkung des spezifischen Koksverbrauchs ließe sich allerdings nicht ableiten, daß die Bedeutung der Hüttenwerke als Kunden des Bergbaus abnehmen müsse. Mit der im großen und ganzen aufwärtsführenden Tendenz der Roheisenproduktion werde sich auch der Gesamtkoksabruf der Hochofenwerke nach oben entwickeln. Wenn man eine Roheisenproduktion von 28 bis 30 Mill. Tonnen und mehr in absehbarer Zeit erwarte, so erfordere diese immerhin den Abruf von 17 bis 18 Mill. Tonnen Koks, wozu 21 bis 24 Mill. Tonnen Steinkohle gefördert werden müßten. Bei der jetzt im Gespräch stehenden jährlichen Förderungszahl von 140 Mill. Tonnen Steinkohle würde der Förderanteil für den Bedarf der Roheisenproduktion einen Grundabsatz von 17 bis 20 Prozent und mehr abgeben.

Professor Schenck ließ keinen Zweifel daran, daß alles, was die Stellung des Kohlenbergbaus schwäche, wozu auch jeder Absatzverlust gehöre, sich in den Kohle- und Kokskosten wiederfinden und einen circulus vitiosus einleiten könne, an dessen Ende die niedergekämpfte Kohle nicht mehr als Regulativ für die Preisgestaltung der zurückbleibenden Sieger in Betracht komme. Die erhofften neuen Erdöl- und Erdgasvorkommen würden den Industrieländern in absehbarer Zeit nicht zu einer völlig veränderten Basis der Erzverhüttung verhelfen. Es seien zwar gute Ansätze vorhanden, um mit Gas oder Öl allein Eisen aus Eisenerzen zu gewinnen, aber es sei zunächst schwer vorstellbar, daß die hochgezüchteten und Milliardenwerte repräsentierenden Anlagen ihren Betrieb in absehbarer Zeit zugunsten neuer metallurgischer Anlagen zurückdrehen könnten, in die wiederum Milliardenbeträge investiert werden müßten.

Die Gegenwart, führte Professor Schenck weiter aus, verlange eine klare energiepolitische Konzeption. Sie verlange Folgerungen aus der Erkenntnis, daß unsere Hüttenwerke auf Jahre hinaus billigen Koks brauchen, der von unserem Steinkohlenbergbau nur bereitgestellt werden könne, wenn er leistungsstark sei. Es gehe nicht an, gerade bei dem besonderen Gewicht der Brennstoffkosten für die Hüttenwerksproduktion — die Energiewirtschaft als ein isolierbares Feld zu betrachten, auf dem der Wettkampf der verschiedenen Darbieter allein den Gesetzen der freien Marktwirtschaft überlassen werden könne. Das gute Prinzip der freien Marktwirtschaft könne auch Schäden nach sich ziehen, wenn es nämlich in die Hand von Formalisten gerate.

Professor Schenck befaßte sich zum Schluß seines Situationsberichtes wieder mit der Eisen- und Stahlindustrie.

Er wies hierbei auf die Absicht der vier deutschen Eisen- und Stahlwerke hin, auf dem Stab- und Formstahlgebiet zusammenzuarbeiten (siehe Seite 2) und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen möge, durch solche Maßnahmen die nachteilige Struktur mancher unserer Werke zu verbessern. Die Wirtschaftslage habe sich für alle stahlerzeugenden Nationen insofern geändert, als nicht mehr die Menge allein entscheidenden Ausschlag gebe, sondern die Zweckmäßigkeit der Anlagen, ihr Standort im Zusammenwirken mit Fracht- und Umschlagsbestimmungen und ihre Programmgestaltung. Es werde manchen Werken bei uns und im Ausland wohl nicht erspart bleiben, sich mit umfangreichen Neubauten zu befassen, immer geleitet von dem Gedanken, daß Investitionen als lebensrettende Injektionen hingenommen werden müßten.

thyssenkrupp Corporate Archives

STAHL GEGEN TOD AUF DER STRAßE



Die wirtschaftliche Situation unserer Grundstoffindustrien ist durch einen harten Wettbewerb gekennzeichnet. Die Unternehmen der deutschen Stahlindustrie haben sich für diesen Wettbewerb gut vorbereitet, insbesondere durch die Entwicklung neuer Produkte, durch wirtschaftlichere Verfahren und durch eine umfangreiche Absatzwerbung. Stahl erschließt sich immer neue Einsatzmöglichkeiten.

Was man mit Stahl alles bauen kann — so hätte ein Kongreß heißen können, den die Hohe Behörde der Montan-Union Ende Oktober in Luxemburg veranstaltet hat. Aber es hieß natürlich „Kongreß über Stahlverwendung".

Aber, Scherz beiseite, die Hohe Behörde hat für den Stahl etwas getan. Denn wohl zum ersten Male ist vor einem so großen und so sachkundigen Publikum so zusammenfassend über die Anwendungsmöglichkeiten von Stahl im Bauwesen — über und unter der Erde — berichtet worden. Und die Zuhörer, unter ihnen viele Verwender von Stahl, sind beeindruckt und angeregt wieder in ihre Heimat gefahren.

Hier ist nicht der Raum, den Katalog der Verwendungsmöglichkeiten von Stahl aufzuschlagen — er ist zu umfangreich. Hier können nur die Rosinen herausgepickt werden. Die dickste — weil publikumswirksamste und faszinierendste — ist ohne Zweifel das Hochhausprojekt des Berliner Architekten Robert Gabriel: Eine Stadt für 25000 Menschen in einem 1250 Meter hohen Stahlskelettbau von 64 Metern Durchmesser. Stahlverbrauch: eine halbe Million Tonnen. Das ist eine Zahl, die — mag das Projekt noch so utopisch sein — aufhorchen läßt, und die deutlich macht, worum es geht. Um die Hebung des Stahlverbrauchs nämlich. Denn der Stahlverbrauch je Einwohner hat die Angewohnheit, mit zunehmendem Wohlstand immer langsamer zu wachsen und schließlich ganz zu stagnieren — wie das Beispiel der Vereinigten Staaten zeigt.

Ja, die Stahlindustrie trägt sogar dazu bei, daß das so ist. Denn sie macht besseren Stahl, mit dem man leichter bauen kann. Vergleichen wir doch

thyssenkrupp Corporate Archives

nur einmal eine alte Brücke in Trägerkonstruktion mit einer neuen, die aus Blechen zusammengeschweißt ist. Aber die Stahlindustrie muß das tun, denn sonst werden Brücken eben nur noch aus Beton gebaut. Je leichter eine Brücke, desto billiger ist sie im allgemeinen, desto konkurrenzfähiger also im Kampf gegen andere Baustoffe.

Die Stahlindustrie hat aber auch erkannt, daß es mit der Herstellung immer besserer Stähle nicht getan ist. Denn sie geht mehr und mehr dazu über, selbst zu untersuchen, was man mit dem Stahl machen kann. Sie bietet ihrem Kunden nicht nur den Werkstoff und überläßt ihn seinem Schicksal, sie berät ihn vielmehr auch bei der Verwendung.

Zur Erhaltung und Ausweitung des Stahlabsatzes auf lange Sicht gehört nicht nur die Pflege bereits bestehender, sondern auch die Erschließung neuer Märkte.

In diesem Ringen um neue Märkte ist der Luxemburger Kongreß ein guter Griff gewesen. Er war eine machtvolle Demonstration für den Stahl. Er hat deutlich gemacht, daß der alte Werkstoff Stahl immer noch modern ist. Damit er das auch in Zukunft bleibt, soll noch mehr für die Anwendungsforschung getan werden. Die Hohe Behörde will die Initiative ergreifen. Es bleibt zu hoffen, daß der Architekt Prof. Eiermann recht behält mit seiner Feststellung, daß der Stahlabsatz von selbst steigt, wenn man sich nur intensiv genug mit der Stahlverwendung beschäftigt.

Greifen wir aus der Fülle der behandelten Themen ein Referat heraus. Dr. Odenhausen, Geschäftsführer der Beratungsstelle für Stahlverwendung, befaßte sich in einem Vortrag mit „Neuzeitlichen Fußgängerbrücken in Stahlkonstruktion".

Der Anteil, der bei Verkehrsunfällen getöteten Fußgänger — gemessen an der Gesamtzahl der Verkehrstoten — erhöhe sich ständig und in beängstigendem Ausmaß, führte Dr. Odenhausen aus. Während der Anteil der Fußgänger unter den Todesopfern des Straßenverkehrs 1957 noch bei 29,4% gelegen habe, sei die Zahl 1962 bereits auf 34,5% gestiegen. Hierbei wachse vor allem die Zahl der Todesopfer unter den älteren Menschen. Die erhöhte Gefährdung des alten Menschen habe ihre Ursachen in der größeren Verkehrsdichte, in der höheren Lebenserwartung und in einer zunehmenden Verkehrsuntüchtigkeit, die vorwiegend durch Zivilisationsschäden hervorgerufen würden. Die weitaus meisten Unfälle, in die Fußgänger verwickelt sind, ereigneten sich beim Überschreiten der Fahrbahn. Durch Zebrastreifen gekennzeichnete und bevorrechtigte oder durch Ampeln geregelte straßengleiche Fußgängerüberwege böten zwar für alle Verkehrsteilnehmer eine gewisse Erleichterung, sie könnten jedoch die Gefährdung der Fußgänger nicht mit Sicherheit ausschließen. Die Möglichkeit menschlichen Versagens der ohnehin überforderten Kraftfahrer bestehe nach wie vor. Außerdem würden solche straßengleichen Fußgängerüberwege den Verkehrsfluß unterbrechen und so zusätzliche Verkehrsbehinderungen darstellen.

Beim Schienen- und Wasserstraßenverkehr sei man seit langem bemüht, niveaugleiche Kreuzungen zu beseitigen. So habe die Deutsche Bundesbahn in den letzten Jahren über 50 Mill. DM jährlich für die Beseitigung schienengleicher Übergänge ausgegeben. Die Anwendung des gleichen Prinzips beim Überschreiten der Fahrbahn, nämlich die Nutzbarmachung der zweiten Ebene quer zur Straße und über dieser, führe zu Fußgängerbrücken. Sie hätten sich besonders im dichten und schnellen Straßenverkehr als ein zuverlässiges und sicheres Hilfsmittel erwiesen.

Die Stahlbauweise biete für Fußgängerbrücken beträchtliche Vorteile: Die Brükken würden in der Werkstatt vorgefertigt und an der Baustelle kurzfristig montiert. Durch Transport der vorgefertigten sperrigen Teilstücke und die anschließende Montage in den verkehrsruhigen Nachtstunden könne eine Beeinträchtigung des Straßenverkehrs nahezu ausgeschlossen werden. Ein weiterer Vorteil sei die schnelle Demontierbarkeit leichter Stahlbrücken und ihre Wiederverwendbarkeit an anderer Stelle. Dieser Gesichtspunkt sei besonders bei Straßenverbreiterungen oder Sanierungsmaßnahmen von Bedeutung. Dr. Odenhausen wies an Hand zahlreicher Bildbeispiele nach, welche vielfältigen Möglichkeiten die Stahlkonstruktion in architektonischer, verkehrstechnischer und konstruktiver Hinsicht bei Fußgängerbrücken bietet.

Uns scheint, daß der verstärkte Einsatz von Fußgängerbrücken entscheidend dazu beitragen kann, den Anteil der Verkehrstoten zu senken, gleichzeitig aber auch dem Stahl wieder neue Einsatzmöglichkeiten zu erschließen.



Linke Seite: Fußgängerbrücke im Hafen Walsum, die über Gleisanlagen führt.

Bild links oben: Fußgängerbrücke über die B 1 in Essen-Frillendorf.

Bild Mitte: Die Fußgängerbrücke bei Duisburg, die die beiden Zooteile miteinander verbindet, war Ausstellungsstück auf der Brüsseler Weltausstellung.

Bild rechts: Sparsam und elegant. Fußgängerbrücke in Hamburg.

thyssenkrupp Corporate Archives

SIE DIENEN DEM BÜRGER

14 Mitarbeiter unseres Unternehmens sind aktiv in der Kommunalpolitik tätig. Sie zogen nach den Kommunalwahlen vom 27. September in die Stadtparlamente von Oberhausen, Essen, Gelsenkirchen, Mülheim und Walsum ein. Ihre Aufgabe ist es, als gewählte Vertreter der Bürger ihrer Stadt dem Allgemeinwohl zu dienen und sich mit Tatkraft und Energie der kommunalpolitischen Sorgen und Probleme anzunehmen. Eine Aufgabe, die Idealismus, Verantwortungsbewußtsein und einen klaren Blick für die Realitäten voraussetzt.



Friedrich Alles, 58, Leiter des Betriebsbüros VK. Er war von 1958 bis 1962 im Landtag von Nordrhein-Westfalen. In diesem Jahr ist er zum ersten Mal in den Rat der Stadt Oberhausen gewählt worden.



Franz Alme, 60, bei der WGD tätig, ist in diesem Jahr wiederum im Rat der Stadt Oberhausen vertreten.



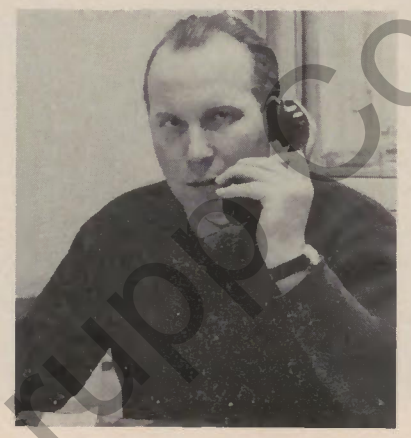
Ewald Blasius, 37, ist im Hauptlagerhaus in der Materialausgabe beschäftigt. Er ist zum zweitenmal in den Rat der Stadt Mülheim gewählt worden.



Bernhard Böhmer, 41, Meister in den Sozialbetrieben und Betriebsratsmitglied. Er ist Ratsherr in Oberhausen. Seit zehn Jahren ist er in der Kommunalpolitik tätig.



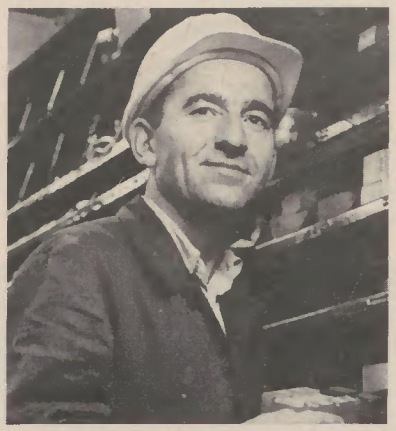
Paul Degen, 39, Kranführer im Südhafen Walsum, wurde in diesem Jahr in den Rat der Stadt Walsum gewählt.



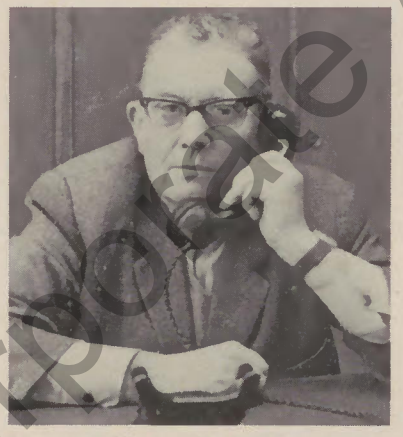
Udo Hartwig, 32, Elektriker und Betriebsratsmitglied. In diesem Jahr ist er zum ersten Mal im Rat der Stadt Oberhausen vertreten.



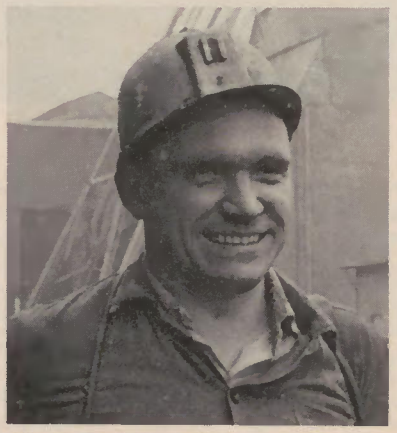
Rudi Holberg, 46, im Hauptlagerhaus in der Materialausgabe beschäftigt, ist seit 1961 Ratsmitglied in Oberhausen.



Josef Lukowiak, 43, Betriebselektriker in der Montageabteilung des elektrischen Betriebes. Bis zu seiner Wahl in den Rat der Stadt Oberhausen im Jahre 1961 war er im Bezirksausschuß Alt Oberhausen, jetzt Bürgerausschuß, tätig.



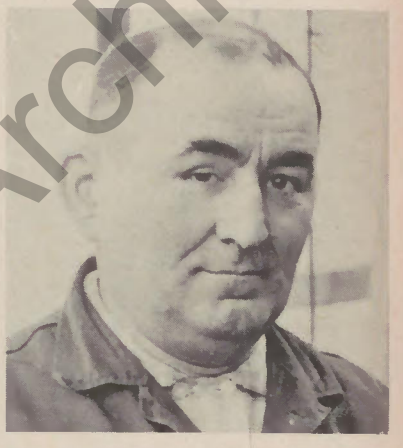
Bernhard Melzer, 58, Heizer und Betriebsratsmitglied auf Zeche Jacobi. Er ist seit zehn Jahren im Rat der Stadt Oberhausen.



Manfred Röse, 34, Maschinenmeisterhauer auf Zeche Osterfeld und Sterkrade, ist in diesem Jahr zum ersten Mal in den Rat der Stadt Oberhausen gewählt worden.



Alfred Rudolph, 50, Vorsitzender des Betriebsrates des Werkes Gelsenkirchen, wurde zum dritten Mal in den Rat der Stadt Gelsenkirchen gewählt.



Bernhard Schroer, 42, Schreiner im Südhafen Walsum. Er wurde zum zweiten Mal in den Rat der Stadt Walsum gewählt.



Assessor Horst Tüburg, 38, Assistent von Bergbau-Arbeitsdirektor Wille, ist bei der Kommunalwahl in den Rat der Stadt Walsum gewählt worden. Er ist außerdem Mitglied des Kreistages Dinslaken.

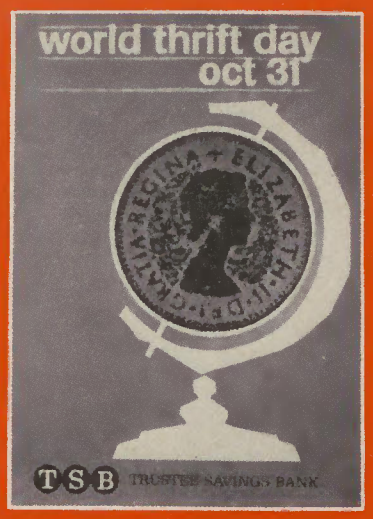


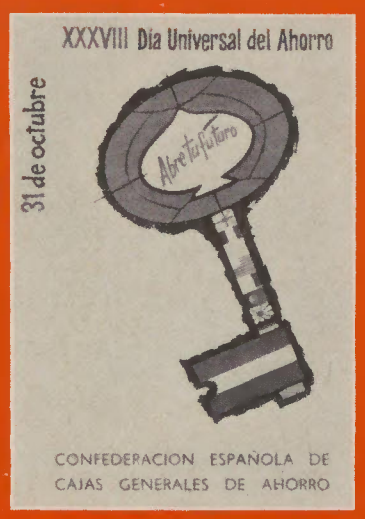
Dipl.-Volkswirt Ernst Viebahn, 35, Leiter der Sozialabteilung, ist seit 1961 in der Kommunalpolitik tätig. Bis zu seiner Wahl in den Rat der Stadt Essen war er Vorsitzender des Bürgerausschusses in Essen-Borbeck.

thyssenkrupp Corporate Archives

ALLE WELT SPART

Vor genau 40 Jahren wurde auf dem ersten Internationalen Sparkassenkongreß in Mailand die Idee des Weltspartages geboren. Trocken heißt es in der Entschließung: „Der Kongreß äußert den Wunsch, daß als Ausdruck der Bedeutung der Sparsamkeit in Erinnerung an die erste Weltvereinigung der Sparkassen der Tag des Schlusses des Kongresses überall zum Weltfeiertag der Sparkassen erklärt wird."







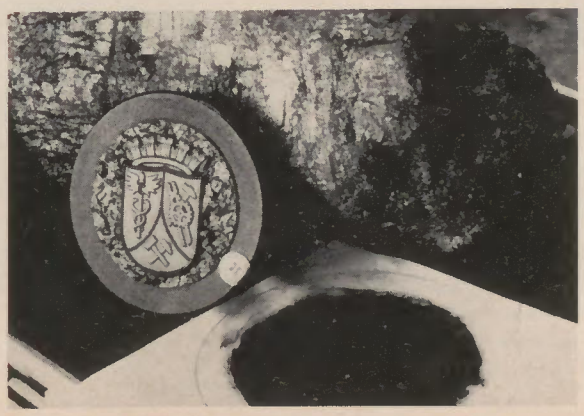


Seither ist überall der Weltspartag zu einem „Ehrentag der Sparsamkeit" geworden. Aber er ist, wie der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes und Vorsitzende unseres Aufsichtsrates Dr. Fritz Butschkau erklärte, kein Tag der Ruhe, sondern der Arbeit für den Spargedanken. Nüchterne Zahlen beweisen, daß diese Arbeit ihre Früchte trägt und daß der tiefere Sinn des Weltspartages auch in der Bundesrepublik erkannt worden ist. Allein seit 1955 hat sich die Summe der am Weltspartag bei den Sparkassen eingezahlten Gelder vervierfacht. 1955 waren es gute 97 Millionen DM, 1961 bereits knapp 299 Millionen DM und im vergangenen Jahr fast 385 Millionen DM.

In den vergangenen 14 Jahren hat sich die Zahl der bei den westdeutschen Sparkassen geführten Sparbücher mehr als verdoppelt. Zum Jahresbeginn 1964 waren es 34,6 Millionen. Rechnet man die rund 10 Millionen bei anderen Geldinstituten geführten Sparkonten noch hinzu und vergleicht man die Gesamtzahl mit der westdeutschen Bevölkerung, so kommt man zu dem erfreulichen Ergebnis, daß gut drei von vier Bundesbürgern sparen.

Die amtliche Statistik bescheinigt uns Deutschen einen beachtlichen Sparfleiß. Aber wie sieht es aus, wenn wir einen internationalen Vergleich ziehen. Innerhalb der EWG sind die Luxemburger die fleißigsten Kontensparer. Sie haben 1963 je Kopf der Bevölkerung durchschnittlich 236 Mark auf Sparbüchern zurückgelegt.

An zweiter Stelle folgen allerdings die deutschen Bundesbürger, die im vergangenen Jahr auf Sparkonten durchschnittlich 208 Mark mehr einzahlten als abhoben. Blickt man über die Grenzen der EWG hinaus, so liegen die USA mit einem Kontensparaufkommen von 426 Mark an der Spitze, gefolgt von Schweden und Japan mit durchschnittlichen Sparbeträgen von 348 bzw. 316 Mark. In wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern blieb der Zuwachs weit hinter diesen Summen zurück. Er erreichte z. B. in Indien und Kolumbien nur rund vier Mark je Kopf der Bevölkerung. Weniger günstig schneiden wir bei einem Vergleich der im Durchschnitt pro Kopf angesammelten Sparguthaben auf Sparkonten ab. Hier lagen wir im Bereich der EWG nach den Luxemburgern mit 2248 Mark und den Belgiern mit 1884 Mark mit rund 1500 Mark Ende 1963 an dritter Stelle. Beträchtlich höher waren zu diesem Zeitpunkt die Kontenersparnisse in der Schweiz mit 5448 Mark, in den USA mit 5156 Mark und in Schweden mit 4644 Mark. Hier zeigt sich, wieviel die Sparer in der Bundesrepublik durch die als Kriegsfolge erlittenen Abwertungsverluste noch nachzuholen haben, um wieder Anschluß an die Spitzengruppe zu finden.



Allerdings darf man nicht übersehen, daß von 1950 bis heute die im Durchschnitt pro Kopf angesammelten Sparguthaben bei uns von 178 Mark auf 1500 Mark angestiegen sind, ein Zeichen dafür, daß der Sparer wieder Vertrauen zum Geld gefunden hat. Der Aufschwung des Sparens — gelegentlich wird sogar von einem Sparwunder gesprochen — ist aber zugleich auch eine Verpflichtung für die Regierung, alles zu tun, um die Kaufkraft des Geldes zu erhalten. Eine ständige Minderung der Binnenkaufkraft des Geldes, so heißt es in dem Aufruf Dr. Butschkaus zum Weltspartag, schmälert den Wohlstand bei den Geldsparern, meistens also bei den kleinen Leuten, und schanzt ihn denjenigen zu, die schon Sachwerte besitzen: Wer hat, dem wird gegeben. Es bedarf keiner großen Phantasie, sich vorzustellen, daß dies auf die Dauer nicht gutgehen kann.

Bild links: Den Oberhausener Sparern hat die Sparkasse in ihrer Hauptstelle zum Weltspartag eine besondere Attraktion geboten. Sie zeigte in einer Ausstellung „Kohlekeramik", wie vielseitig der Rohstoff Kohle zu Gegenständen von schlichter, doch bestechender Eleganz verarbeitet werden kann.

Wie die Oberhausener Sparkasse mitteilt, überstiegen die Spareinlagen mit einem Zugang von 20 Millionen DM in diesem Jahr die 200-Millionen-Grenze und wuchsen auf 212 Millionen DM an. Wesentlichen Anteil an dem Sparergebnis hatten wieder die Zuflüsse aus dem prämienbegünstigten Vertragssparen, die rund 24% des Gesamtzuwachses ausmachen.

thyssenkrupp Corporate Archives



Harvey Seitz Corporate Archives



Artur Müller, Heilgehilfe in der Verbandsstube auf NO machte gerade den 45. Strich in seiner Strichliste. 45mal hat er seit 6 Uhr morgens Erste Hilfe geleistet. Jetzt ist es Punkt 11 Uhr. „45 Erste-Hilfe-Leistungen?" fragen wir erstaunt. Artur Müller winkt ab: Nur in drei Fällen habe ich eine Unfallkurzmeldung ausschreiben müssen. Alles andere waren Bagatellfälle: Tablettenausgabe, Erneuerung eines Pflasters usw. Eine Stunde lang hielten wir uns in der Verbandsstube auf. Wir unterhielten uns mit den Kollegen, die die Hilfe Artur Müllers in Anspruch nahmen. Wir wollten sozusagen aus erster Hand erfahren, wie der Unfall passieren konnte. Auch Hauptsicherheitsingenieur Hoppe interessierte sich dafür. Auch er sprach mit den Verletzten.

11.10 Uhr. Mit einer ziemlich tiefen Schnittwunde am Finger kommt der erste Verletzte in die Verbandsstube. Heilgehilfe Artur Müller verbindet ihm die Wunde und schickt ihn mit einem Krankenwagen zum Durchgangsarzt. Was war passiert? Der Unternehmerarbeiter reparierte einen Schlackenkipper. Beim Sägen rutschte er mit dem Finger über das Sägeblatt und verletzte sich. Der Unfall hatte zwei Ursachen. Ursache Nr. 1: Der Verletzte hatte die Säge sicherheitswidrig gehalten. Ursache Nr. 2: Am Griff der Handsäge befand sich Fett, oder mit anderen Worten, der Unternehmerarbeiter hatte sich nicht davon überzeugt, daß sein Arbeitsgerät einwandfrei in Ordnung war.

11.15 Uhr. Artur Müller erneuert den Verband eines Kollegen aus der Mechanischen Werkstatt, der sich vier Tage vorher beim Autogenbrennen die Hand verbrannt hatte. „Haben Sie keine Handschuhe getragen?" fragten wir ihn. Er hatte Handschuhe getragen. Aber er hatte einfach Pech. Eine Schweißperle brannte sich durch die Jacke und fiel in den Handschuh. Ehe er den Handschuh abstreifen konnte, war es schon passiert.

11.25 Uhr. Ein italienischer Gastarbeiter hält sich das linke Auge zu. Artur Müller braucht nicht erst zu fragen. Fremdkörper im Auge. Er ist in zwei Minuten entfernt. Als wir uns erkundigen, wo und wie der Unfall passiert ist, greift unser italienischer Mitarbeiter zur Zeichensprache. Wir schließen daraus: Er hat mit einem Preßlufthammer gearbeitet. Mehr war beim besten Willen nicht zu erfahren. Vier Monate ist er erst in Deutschland, zu kurz, um sich verständigen zu können. Erst später hören wir, daß er Kokillenputzer ist. Der Fremdkörper flog ihm ins Auge, als er gerade Pause machte und sich nicht weit genug vom Arbeitsplatz entfernte, an dem seine Kollegen Kokillen putzten.

11.45 Uhr. Finger gequetscht. Ein Lukendeckel ist dem Kollegen beim Anheben aus den Scharnieren herausgerutscht und auf die Hand gefallen. Hauptsicherheitsingenieur Hoppe läßt sich den genauen Hergang beschreiben. Es wird eine lange Geschichte. Was sich schließlich herauskristallisierte: Der Kollege hat nicht richtig hingesehen. Sein Kommentar: Wer denkt schon daran, daß das Ding rausrutscht. Er hat Schmerzen. Heilgehilfe Müller schickt ihn zum Werksarzt.

11.52 Uhr. Ein Unternehmerarbeiter kommt mit einer Schürfwunde an der rechten Hand. Er leitet eine Gruppe, die damit beschäftigt ist, die Kanalisation im Martinwerk I zu reinigen. Die Hälfte seiner Gruppe besteht aus Gastarbeitern. Ihnen wollte er zeigen, wie die Arbeit gemacht werden soll. Er verletzte sich im Kanalschacht an einem Draht oder einer Schraube. Zurück blieb die Schürfwunde.

11.58 Uhr. Beim Hereindrehen einer Gewindebüchse hat sich der Kollege zwischen dem Bund der Büchse und der Kante des Werkstücks die Finger geklemmt. Die Verletzung ist nur geringfügig. Na ja, sagte er, die Kleinigkeiten kommen ja immer mal vor. 14 Jahre bin ich schon bei der HOAG, bis jetzt noch keinen Unfall gehabt.

Eine Stunde Erste Hilfe. Sechsmal mußte Artur Müller wieder einen Strich in seine Liste machen. Sechsmal waren es Bagatellverletzungen. Vielleicht hat das Glück bei allen sechs Pate gestanden. Vielleicht beim nächsten Mal nicht.





EINE STUNDE ERSTE HILFE

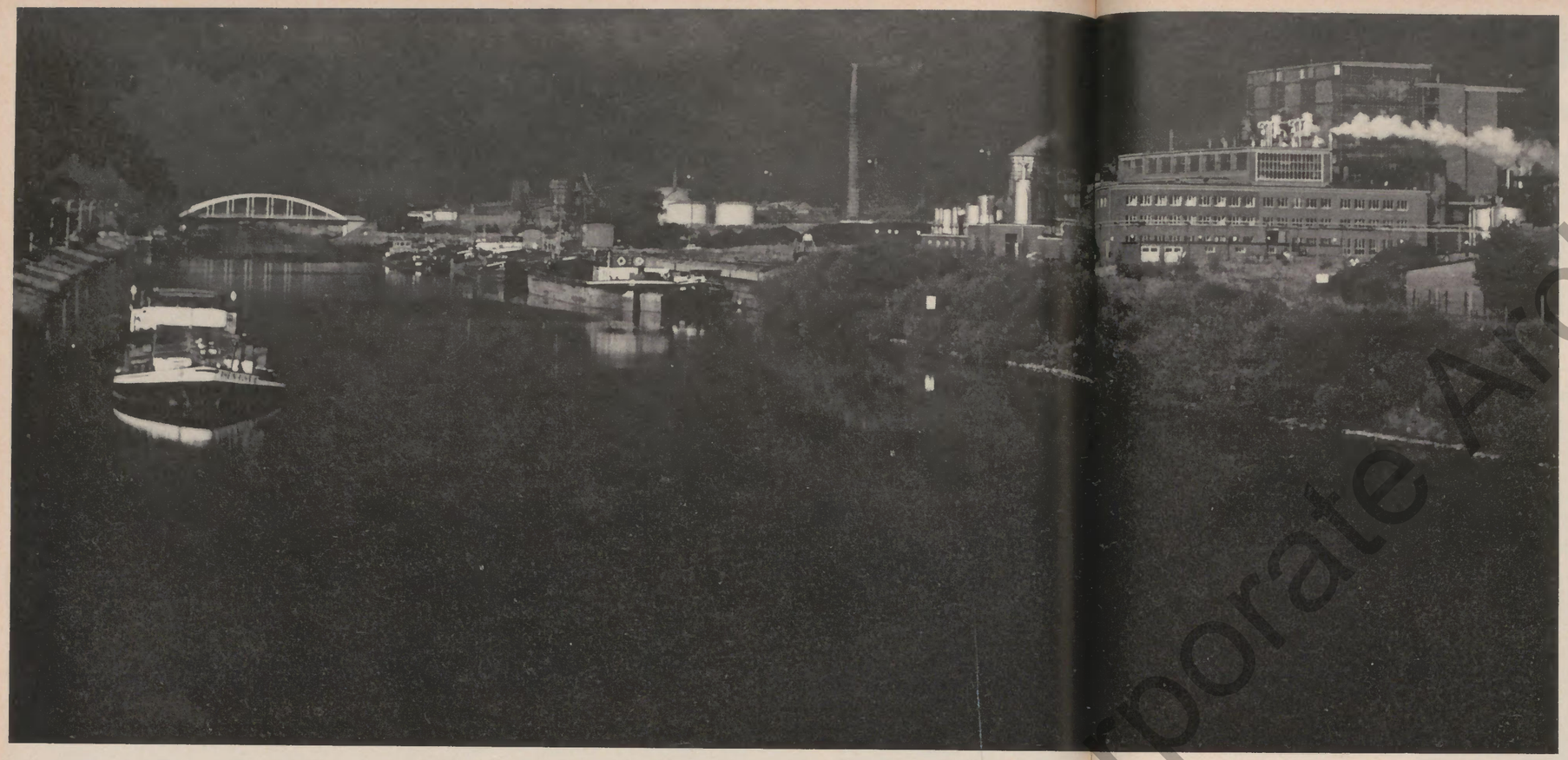
Linke Seite: Staubkorn im Auge. Mit sicherer Hand entfernt es Heilgehilfe Artur Müller.

Bild oben: Aufmerksam liest Hauptsicherheitsingenieur Gustav Hoppe eine Zusammenstellung medizinischer Fachworte, die ins Spanische übersetzt worden sind, um Verständigungsschwierigkeiten zu überbrücken. Heilgehilfe Artur Müller: Die Zusammenstellung reicht nicht aus.

Bild links: „Nur so hoch war der Kanalisationsschacht, den ich durchkletterte und mir dabei den Finger verletzte", erklärt der Kollege.

Bild rechts: Es ist noch einmal gut abgegangen. Die Wunde wird gereinigt und verbunden.

thyssenkrupp Corporate Archives



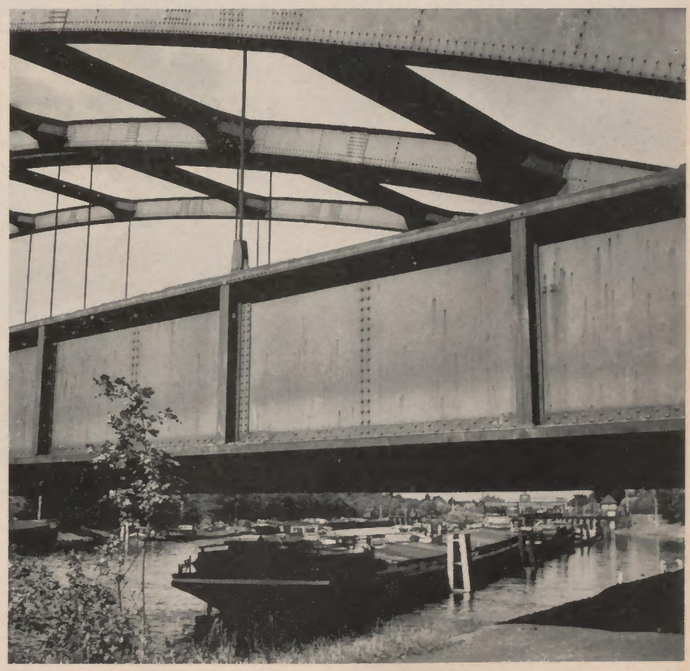
50 Jahre Diener der Wirtschaft

RHEIN-HERNE-KANAL IN JUBILO









Ein halbes Jahrhundert durchschneidet der Rhein-Herne-Kanal nun das Ruhrgebiet. Mit seiner Länge von 38 km, seinen sieben Schleusen und den fast dreißig Häfen ist er zum Großschiffahrtsweg des Reviers geworden. Durch ihn sind Bergbau und Industrie zwischen Herne und Duisburg mit ganz Deutschland auf dem Wasserwege verbunden. Darüber hinaus hat das Industriegebiet der Emscherzone auch auf diesem Wege über die großen Seehäfen Emden und Rotterdam Anschluß an die ganze Welt gefunden. Der Kanal ist aber nicht nur ein treuer Diener der Wirtschaft. Den Menschen des Reviers bietet er Ruhe und Entspannung an seinen Ufern. Er gibt dem Angler Gelegenheit, seinem Wochenend-Hobby nachzugehen, und die Wassersportler haben in ihm eine Wettkampfstätte gefunden. Für den Wanderer wurden Wege geschaffen, die fast den ganzen Kanal entlang führen.

Seine Geschichte beginnt nicht erst im Jahre 1908, als der erste Spatenstich für diesen Wasserweg getan wurde. 1856 schon wurde in Dortmund eine Denkschrift veröffentlicht, in der man zu der Erkenntnis kam, daß bei dem schnellen Anstieg der Kohlenförderung neue und billigere Absatzwege geschaffen werden müßten. Ein Jahr später bildete sich in Essen ein Kanalbauausschuß. Er wollte durch Gesetz erreichen, daß ein Kanal vom Rhein durch das Emschertal bis weithin zur Elbe gelegt werden sollte. Die Kriege in den nachfolgenden Jahren aber drängten all diese Pläne in den Hintergrund und lähmten auch die Interessen der preußischen Regierung. Erst nach Beendigung des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 erschienen die Emscher-Kanal-Freunde wieder auf dem Plan. Aber der Staat zeigte kein Interesse und war auch nicht bereit, öffentliche Gelder für den Bau auszugeben. In der Regierungsvorlage von 1882 war nur die Rede vom Dortmund-Ems-Kanal, der auch schon kurz danach — 1899 — dem Verkehr übergeben wurde. Er erfüllte jedoch nicht die letzten Wünsche der Wirtschaft des Industriegebietes. Noch fehlte die Verbindung zum Rhein. Doch 1908 war es soweit. Der erste Spatenstich wurde getan. Am 1. Juli 1914 konnte die Oberhausener Volkszeitung schreiben, daß die Schiffahrt bald beginnen könne, daß der Kanal fast in seiner ganzen Länge mit Wasser gefüllt sei. Der drohende Weltkrieg verhinderte die vorgesehene Einweihung am 18. Juli 1914. Aber so ganz wurde dieser Tag doch nicht übersehen. Viele Menschen umsäumten die Ufer, als der erste Lastkahn von Ruhrort kommend in Oberhausen aufkreuzte und gen Borbeck schwamm.

Die Nachkriegs- und Besatzungszeit brachte noch keine Steigerung des Schiffsverkehrs auf dem Kanal. Erst als die Gemeindeverbände 1925 das Freiland am Kanal durch Reichsbahnanschlüsse aufzuschließen begannen, änderte sich das Bild. Sie verpachteten oder verkauften der Industrie Gelände mit Kanalanschluß. Der Hugo-Hafen und Concordia-Hafen wurden gebaut. Der Einzugsbereich des Kanals vergrößerte sich von Jahr zu Jahr. Heute ist der Kanal nicht nur ein bedeutender Verkehrsträger — 1962 wurden 24,85 Mill. t auf seinem Wasser transportiert —, er ist auch Wasserreservoir für die in seiner Nähe liegenden Hüttenwerke und Zechen. Täglich werden ihm 500 000 cbm Gebrauchswasser entnommen.

Den Schiffahrtsämtern bereitet der Kanal aber auch Sorgen. Dem immer größer werdenden Verkehr ist er nicht mehr gewachsen. Die Schleusen sind veraltet und die manchmal Monate dauernden Reparaturen behindern die Schiffahrt stark. Fast auf der gesamten Länge von 40 km hat sich das Kanalbett gesenkt, stellenweise bis zu 11 Metern. Die Kanalböschungen gaben an zahlreichen Stellen nach, Spundwände mußten eingerammt werden. Laufend sind Ausbesserungs- und Modernisierungsarbeiten notwendig, wenn der verkehrsreichsten künstlichen Wasserstraße Deutschlands ihre Bedeutung erhalten bleiben soll, einer Wasserstraße, die einen wichtigen Teil des europäischen Wasserstraßennetzes darstellt, auf dem in naher Zukunft überall ein 1 350-t-Typ als „Europa-Einheits-Güterschiff" verkehren soll.

Bild oben: Gewitterstimmung am Rhein-Herne-Kanal.

Darunter: Ein Schiff schwimmt durch die Landschaft. Das Teleobjektiv hat die Entfernung so zusammengezogen, daß vom Kanal nichts mehr zu sehen ist.

Bild unten: Für Ruderer und Paddler ist der Kanal eine ideale Wettkampfstätte.

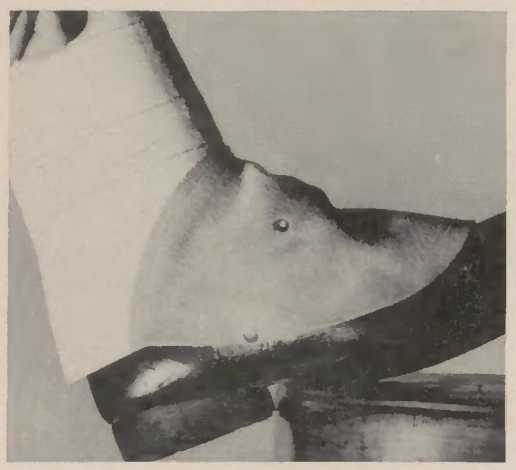
Rechts oben: Wanderwege führen fast den ganzen Kanal entlang. Aber so voll ist es nicht immer. Unsere Aufnahme wurde nach einem Spiel von Rot-Weiß Oberhausen geschossen.

Bild rechts unten: Schiffsstau vor der Schleuse.

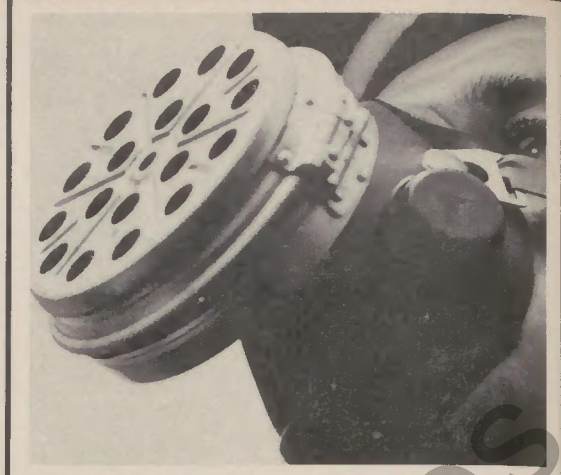
Thyssen Krupp Corporate Archives

NUR MÜSSEN SIE GETRAGEN WERDEN











Gemeint sind natürlich die Körperschutzmittel, von denen die Unfallverhütungsvorschriften kurz und knapp sagen, daß Nichtbenutzung, Mißbrauch, eigenmächtige Beseitigung und Beschädigung verboten sind. In einer Bekanntmachung haben Vorstand und Betriebsrat kürzlich erneut darauf hingewiesen.

Aufsehen erregt hat ein Arbeitsschutzplakat in England, auf dem eine splitternackte, nur mit Brille bekleidete Schönheit von sich sagt: „Aber ich trage immer meinen Augenschutz." Der auch in England trockene Gesetzestext hat damit eine optische Interpretation bekommen, die sicherlich mit ganz besonderer Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen wird.

Erhebliche Summen sind auch im vergangenen Geschäftsjahr wieder aufgewendet worden, um unserer Belegschaft die notwendigen Körperschutzmittel zur Verfügung stellen zu können. Von den 33 Körperschutzmitteln, es gibt sie in den verschiedensten Ausführungen und Größen, stellen wir einige im Bild vor. Nicht deshalb, weil sie Neuheitswert besäßen, nein, die Fotos sollen lediglich daran erinnern, daß die Zahl der vermeidbaren Unfälle gesenkt werden kann, wenn die ausgegebenen Körperschutzmittel an den Arbeitsplätzen, wo sie erforderlich sind, auch tatsächlich getragen werden.

Erinnern wir uns auch daran, daß nach dem Unfallversicherungsneuregelungsgesetz die Berufsgenossenschaft verpflichtet ist, bei Verstößen gegen die Unfallverhütungsvorschriften Ordnungsstrafen zu verhängen. Allerdings sollte nicht die Furcht vor der „Strafe im Nacken" der Beweggrund zum Tragen der Körperschutzmittel sein. Vielmehr soll er in der Sorge um die eigene Sicherheit liegen.

GELSENKIRCHEN: VERKEHRSFLUSS AUF DREI EBENEN





Als einen historischen Tag in der Geschichte der Stadt Gelsenkirchen wertete Gelsenkirchens Oberbürgermeister Scharley die Freigabe der Hochstraße, die unmittelbar an unserem Verwaltungsgebäude vorbeiführt (Bild links) und nach 1½jähriger Bauzeit sogar zwei Monate vor dem gesetzten Termin fertiggestellt wurde.

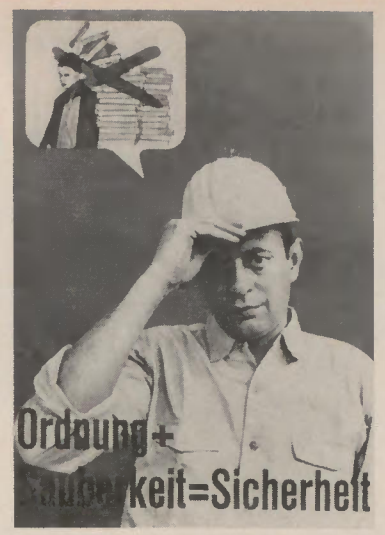
Wie sehr der Verkehr durch die „Glück-auf-Schranke", die wir ja auch in Oberhausen zur Genüge kennen, behindert worden ist, kann mit ein paar Zahlen schlagend bewiesen werden. Bei einer Zählung im Oktober 1962 wurden innerhalb von vier Stunden im Süd-Nord-Verkehr 1 494 Fahrzeuge und im Nord-Süd-Verkehr 2 230 Fahrzeuge registriert. Mit der Freigabe für den Verkehr ist das ständige Ärgernis Emschertalbahn-Schranke beseitigt. Einige Wochen vorher konnte man im Gelsenkirchener Werk den Tunnel unter der Emschertalbahn, der die Werke I und III miteinander verbindet, als erstes Bauwerk im Zuge des Schalker Hochstraßenbaus offiziell seiner Bestimmung übergeben (Bild rechts).

Der 30 m lange Tunnel besitzt eine südliche Rampe von 94 m Länge und eine nördliche Rampe von 76 m. Ca. 7 500 cbm Erde mußten bewegt werden, 190 Tonnen Stahl und 2 500 cbm Beton wurden verarbeitet.

Mit den Worten „Fahrt frei zu Werk I" durchschnitt Dr. Heese, Vertreter des Arbeitsdirektors für den Bereich des Werkes Gelsenkirchen, das Band und eröffnete damit die neue Verbindung zwischen den beiden Werksteilen.

thyssenkrupp Corporate Archives

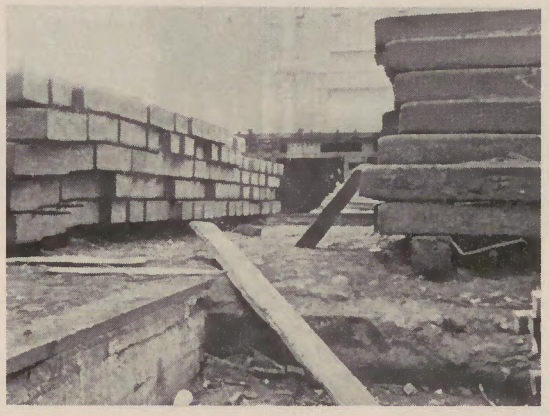
ORDNUNG + SAUBERKEIT = SICHERHEIT

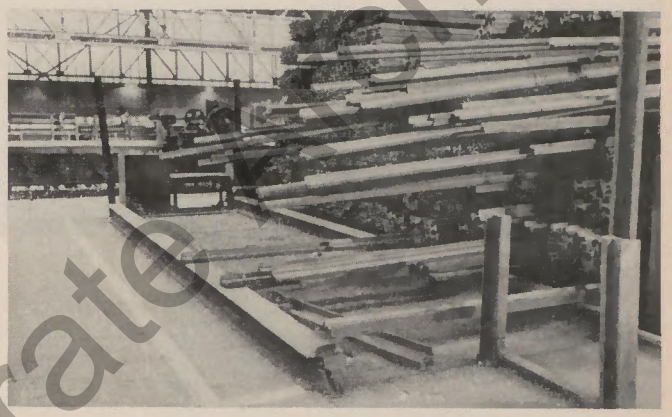


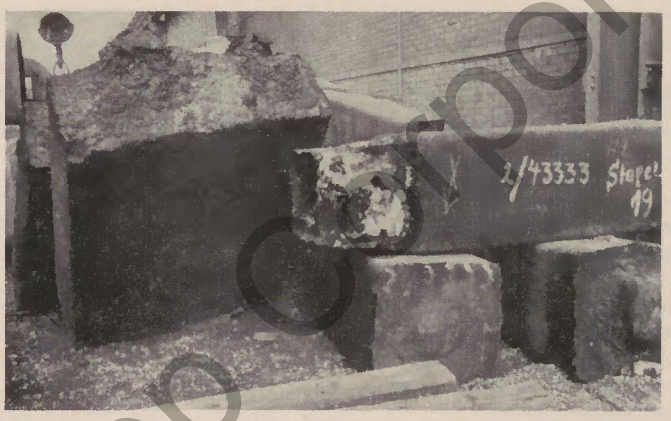
Sicherheit läßt sich in einer einfachen mathematischen Gleichung darstellen. So ist es jedenfalls auf den Großplakaten zu lesen, die seit einigen Wochen im Werksgelände hängen. Da hebt der Plakatkollege ein wenig verlegen seinen Helm. Fast könnte man vermuten, daß er am eigenen Leib die bittere Erfahrung machen mußte, daß besagte Formel gar nicht so abwegig ist. Die Zahl der einfachen Additionen, deren Ergebnis immer wieder Sicherheit heißt, könnte zweifellos noch beliebig vermehrt werden. Soweit vermehrt, bis als letzter unbeeinflußbarer Faktor nur noch der „unglückliche Zufall" übrigbleibt — über den man allerdings auch noch geteilter Meinung sein kann.

Der Plakatslogan Ordnung + Sauberkeit = Sicherheit ist also nur ein Teilaspekt. Aber ein sehr wesentlicher. Ohne Ordnung wäre ein vernünftiges menschliches Zusammenleben nicht denkbar, ohne Sauberkeit — im weitesten Sinne — unerträglich. Ordnung und Sauberkeit sind in der privaten Sphäre so selbstverständlich, daß wir sofort spüren, wenn etwas „nicht in Ordnung" ist. Wir denken in diesen Kategorien, messen an den einmal gesetzten Ordnungsmaßstäben, urteilen nach unserem Sauberkeitsempfinden, werden aber auch danach gemessen und beurteilt. Und da wir das wissen, richten wir uns danach. Was für den privaten Bereich verbindliche und unabdingbare Norm ist, gilt auch für den Betrieb. Wir übertragen sie auf den technischen Ablauf der Produktionsprozesse und wenden sie auf wirtschaftlichem Gebiet an. Niemand ist über das schlechte Ergebnis einer Arbeit verwundert, von der er weiß, daß sie unordentlich und unsauber gemacht wurde. Unordnung und Unsauberkeit führen aber nicht nur zu schlechten sachlichen Ergebnissen, die man eventuell korrigieren kann. Sie führen vielmehr auch zu Unfällen, deren Folgen man eventuell nicht mehr korrigieren kann. Umso notwendiger ist es, ganz besonders dann auf Sauberkeit und Ordnung zu achten, wenn die eigene Sicherheit und die Sicherheit der Mitarbeiter in Gefahr geraten kann.

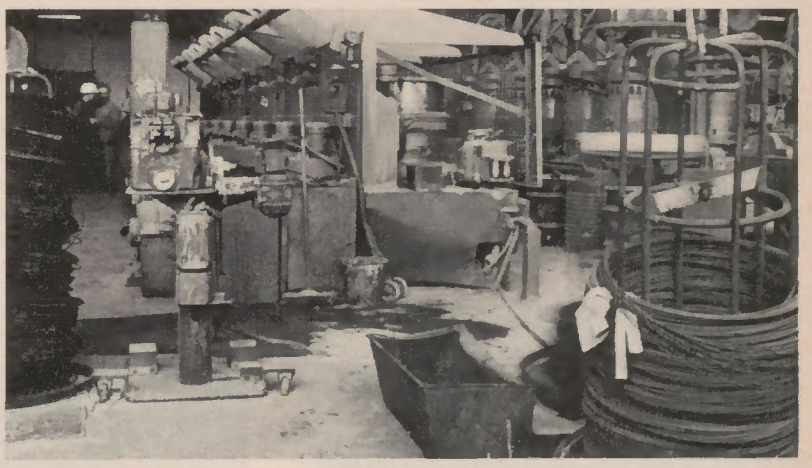
Es fiele nicht schwer, einen ganzen Katalog von Verhaltensweisen zusammenzustellen, die mit Ordnung und Sauberkeit nicht zu vereinbaren sind. Und meist sind es Kleinigkeiten, Bagatellen. Nur ein kurzer Blick auf den Sägegriff hätte genügt, um festzustellen, daß er fettverschmiert war und so zu einer Verletzung führte. Mit einigen wenigen Handgriffen hätte man ein Brett oder ein Schrottstück aus dem Weg räumen können, das für den Kollegen Gegenstand eines bösen Unfalls war. Man hätte. Hier wird allerdings die einfache Addition auf dem Plakat um den Begriff Verantwortung ergänzungsbedürftig. Verantwortung für die Sicherheit ist auch dann Verpflichtung, wenn sie nicht ausdrücklich übertragen wurde. Hier gilt nicht die Entschuldigung: nicht zuständig. Erinnern wir uns an eine Situation aus der Tonbildschau, die auf der letzten Belegschaftsversammlung gezeigt wurde. Durch eine tropfende Dachrinne bildete sich auf dem Fußweg eine Pfütze, die im Winter natürlich vereiste. Der Kollege, der die Gefahren ganz genau kannte, hielt sich nicht für verpflichtet, Sand zu streuen oder den Schaden zu melden. Natürlich hat ihm niemand diese Aufgabe übertragen. Doch hätte er sich diese Aufgabe aus dem bei Sicherheitsfragen unteilbaren Verantwortungsbewußtsein selbst stellen müssen. Ergänzen wir also das ebenso einprägsame wie einfache Rezept, das uns der Plakatkollege gibt, um das Wort Verantwortung. Vielleicht wurde es weggelassen, weil man über Selbstverständlichkeiten nicht spricht.

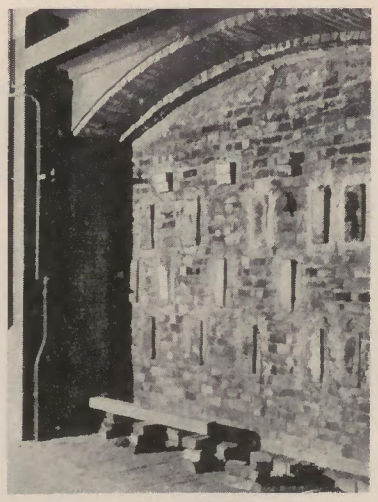












Obere Bildreihe: Durchgänge können so oder so aussehen. Dabei wäre es ein Leichtes gewesen, mit wenigen Handgriffen den Durchgang (links) unfallsicher zu halten oder zu machen.

Mittlere Bildreihe: So kann gestapelt werden oder so.

Bild links unten: Auch das ist ordnungswidrig. Ausdrücklich verbietet ein Hinausweisschild den Aufenthalt im Bereich der Ofenkammern; denn hier können gesundheitsschädliche Gase austreten. Das hindert aber einige Kollegen nicht daran, eine „Aufwärm- und Frühstücksbank" aufzustellen.

Bild rechts: Diesen vorbildlichen Arbeitsplatz entdeckte unser Fotograf nach langem Suchen im Gelsenkirchener Werk.

Krupp Corporate Archives

WARMBANDANLAGE VERARBEITET



Im April dieses Jahres ist auf WO die neue Warmbandanlage in Betrieb genommen worden. Auf ihr wird warmgewalztes Breitband zu Blechen verschiedener Abmessungen besäumt und geschnitten.

Mit der Verarbeitung von warmgewalztem Breitband haben wir unser Erzeugungsprogramm den Erfordernissen des Marktes entsprechend abgerundet. Im Rahmen des mit der ATH abgeschlossenen Vertrages werden von uns entweder Heißbrammen an die ATH geliefert, die dort zu Vorbrammen ausgewalzt und von der Breitbandstraße zu Blechbändern weiterverarbeitet werden, oder wir liefern der ATH direkt Vorbrammen, die ebenfalls von der Breitbandstraße ausgewalzt werden. Die Blechbänder werden von einem Haspel zu einem Bund bzw. Coil aufgerollt. Diese Coils — sie wiegen bis zu 26 t — sind nun das Ausgangsmaterial für unsere Warmbandschneidlinie.

Sehen wir uns den technischen Ablauf etwas näher an. Je nach gegebenem Schneidprogramm werden die Coils auf einen Rollgang vor der Anlage abgesetzt. Dadurch ist ein gewisser Vorlauf gegeben, der einen kontinuierlicheren Arbeitsablauf gewährleistet. Vom Rollgang gelangt das Bund durch eine Kippvorrichtung auf den Bundwagen, der es in die Einlaufvorrichtung fährt. Dort wird es auf den Abhaspeldorn gesetzt und das Bandende in den Treibapparat eingefädelt, der je nach Blechdicke auf- oder zugefahren werden kann. Vom Treibapparat wird das Blech bis zur Schrottschere gefahren, die das Rauhende und ein Probeblech abnimmt. Über einen Tisch, der aus der ersten Schlingengrube ausgeschwenkt wird, läuft das Blechband in die Saumschere. Sobald der Treibapparat vor der Saumschere das Band gegriffen hat, wird der Tisch wieder abgesenkt. Das Band hängt nun locker in der Schlingengrube. Über ein Fotozellensystem in der Grube wird die Geschwindigkeit des Abhaspels reguliert. Die Geschwindigkeitsregulierung ist notwendig, damit zwischen Saumschere und Abhaspel kein Zug entsteht, der zur Folge haben könnte, daß die Messer zerschlagen werden.

Von der Saumschere werden die rauhen Kanten des Bleches, etwa 15 bis 20 mm an jeder Seite, abgeschnitten. Das Blechband läuft nun über einen etwa 30 m langen Rollengang und wird entweder über eine zweite Schlingengrube der Schwingschere zugeführt oder über die Schwingschere hinweg zu einer Standschere. Während die Schwingschere nur Bleche bis 4,3 mm Dicke schneiden kann, verarbeitet die Standschere Bleche von 1,5 bis 9,52 mm Dicke. Die auf Maß geschnittenen Bleche durchlaufen eine Richtmaschine und werden anschließend über ein Sortierband geleitet, wo sie auf Oberflächenbeschaffenheit kontrolliert werden. Nicht einwandfreie Bleche gelangen in den Ausschußstapler, alle anderen in den Gutblechstapler. Die Anlage ist so ausgelegt, daß sie Bleche von 610 bis 2000 mm Breite und bis zu 12 m Länge schneiden kann.

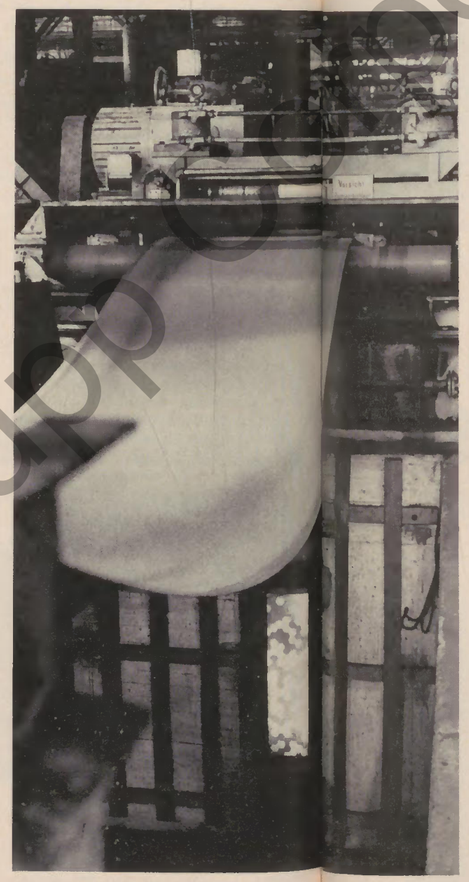
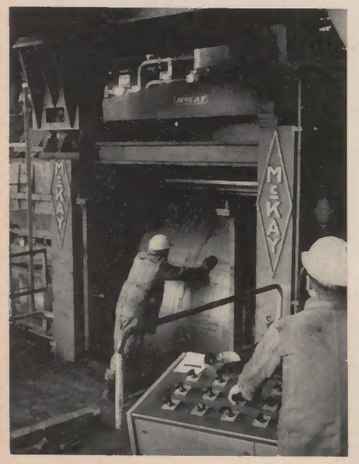


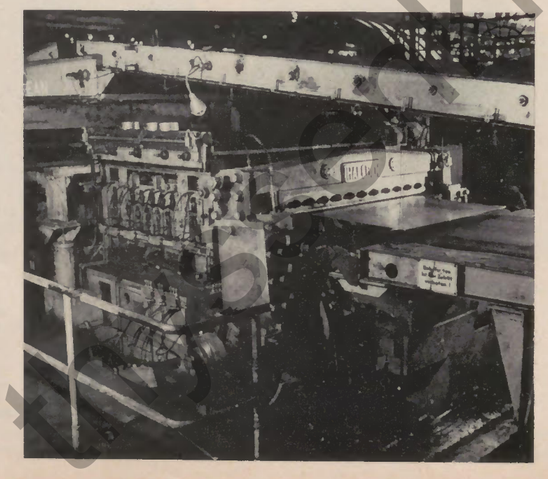
Bild oben: Das geschnittene Blech wird auf einem Rollgang der Richtmaschine zugeführt. Die Geschwindigkeit beträgt hier bis zu 95 m pro Minute.

Bild unten links: Das Coil wird in die Anlage eingefädelt. Vom Bedienungspult (vorn rechts) wird der Einlauf gesteuert.

Bild unten Mitte: Von der Schwingschere werden die Bleche auf genaues Maß geschnitten. Die Schere kann Bleche bis zu 4,3 mm Dicke und 4,9 m Länge verarbeiten.

Bild rechts: Schlingengrube vor der Saumschere. Unter dem Band ist ein Teil des Fotozellensystems zu erkennen, das die Tiefe der Schlinge bzw. die Geschwindigkeit des Einlaufes reguliert.





STAHL WIRD IM STRANG VERGOSSEN

Auf dem Gelände hinter dem Siemens-Martin-Werk I, wo sich heute noch der Schlackenplatz befindet, wird voraussichtlich schon im Frühjahr 1966 eine Stranggußanlage in Betrieb genommen werden. Noch in diesem Jahr wird die Abteilung Verkehr mit der Verlegung der Gleisanlagen beginnen. Im Frühjahr nächsten Jahres werden schon die Fundamente gegossen.

Die Stranggußanlage wird in zwei Ausbaustufen errichtet. In der ersten Ausbaustufe soll sie zunächst einen Strang erhalten, in dem Brammen bis 2200 mm Breite und 250 mm Dicke vergossen werden. Je nach Bedarf können aber auch geringere Abmessungen hergestellt werden. Die Kapazität in der ersten Ausbaustufe ist auf 25000 Tonnen pro Monat ausgelegt. In der zweiten Ausbaustufe ist eine Erweiterung auf zwei Stränge vorgesehen. Die Kapazität wird damit auf 50000 Tonnen pro Monat erhöht. Für den zweiten Strang ist vorgesehen, außer Brammen, bis zu den angegebenen Abmessungen auch Vorblock-Querschnitte abzugießen. Der Bau der Anlage erweist sich als notwendig, weil die Kapazität unseres Blockwalzwerkes voll ausgelastet ist und die eingeplante Steigerung der Rohstahlkapazität von der Stranggußanlage aufgenommen werden soll. Der Walzbereich der Block-Brammenstraße ist auf eine maximale Brammenbreite von 1550 mm begrenzt. Deshalb soll auf der neuen Anlage vorwiegend der Bedarf an Brammen in größerer Breite bis zu 2200 mm gedeckt werden.

Über die Arbeitsweise von Stranggußanlagen und ihre Vorteile gegenüber konventionellen Verfahren werden wir in der nächsten Ausgabe berichten.

Professorentitel
für

DIREKTOR DR. GRAEF



„Auf Vorschlag der Fakultät für Bergbau und Hüttenwesen und mit Zustimmung des Senators für Wissenschaft und Kunst bestelle ich Sie im Namen des akademischen Senates der Technischen Universität Berlins zum Honorarprofessor für das Lehrgebiet Ausgewählte Kapitel der Eisenhüttenkunde."

So lautet der Text der Bestallungsurkunde, die der Rektor der Technischen Universität Berlin, Professor Hilbig, dem technischen Vorstandsmitglied unseres Unternehmens, Dr. Rudolf Graef, überreichte. Mit der Ernennung zum Honorarprofessor würdigte damit die TU Berlin die Verdienste eines Eisenhüttenmannes, der insbesondere durch seine Entwicklunsgarbeiten auf dem Gebiet der Sauerstoff-Metallurgie weit über die Grenzen Deutschlands bekanntgeworden ist.

Die reichen Erfahrungen, die Direktor Dr. Graef in seiner fast zwanzigjährigen Tätigkeit in Oberhausen sammeln konnte, sollen nun auch dem Ingenieurnachwuchs zugute kommen.

Direktor Dr. Graef hat in Berlin Eisenhüttenkunde studiert. Bereits 1954 wurde er von seiner Universität zum Ehrensenator ernannt. Seine Antrittsvorlesung hat Direktor Dr. Graef vor wenigen Tagen in Berlin gehalten.

Neues stellvertretendes
Vorstandsmitglied:

DR. VON BOGDANDY



Mit Wirkung vom 1. Oktober 1964 wurde Dr.-Ing. Ludwig von Bogdandy zum stellvertretenden Vorstandsmitglied unseres Unternehmens bestellt. Für viele von uns ist der 34jährige Diplom-Ingenieur, der an der Technischen Universität Berlin physikalische Chemie studierte, kein Unbekannter: Zehn Jahre lang war er bereits Mitarbeiter unserer Versuchsanstalt, zunächst als Betriebsassistent, später als Leiter der Metallurgischen Abteilung, bevor er im Juli 1962 die Leitung der Versuchsbetriebe der Hoesch AG Westfalenhütte übernahm. Die Versuchsbetriebe des Unternehmens umfassen die Abteilungen Forschung und Entwicklung, Qualitätskontrolle, Kundenberatung und das chemische Labor. Direktor Dr. von Bogdandy hatte hier Gelegenheit, auf breiter Basis die Anwendbarkeit wissenschaftlicher Methoden auf die Prozesse der Eisenhüttentechnik nachzuweisen. Während seiner 10jährigen Tätigkeit in Oberhausen beschäftigte sich Dr. von Bogdandy insbesondere mit Grundlagenuntersuchungen, vor allem auf dem Gebiet der Möllerung, der Hochofentechnik, der Stahlwerksmetallurgie, der Anwendung von Sauerstoff als Betriebsmittel im Stahlwerk und der „direkten Reduktion" von Eisenerzen. Im Herbst 1960 übertrug ihm die Technische Hochschule Aachen eine Privatdozentur für Eisenhüttenkunde. Direktor Dr. von Bogdandy liest heute an der TH Aachen über „Spezielle Kinetik von Hüttenprozessen". Sein Aufgabengebiet sieht er bei uns in der konsequenten Weiterführung der Oberhausener metallurgischen Tradition, in der Verfeinerung der Verfahrenstechnik und in der Verbreiterung und qualitativen Vertiefung unseres Erzeugungsprogramms.

Thyssenkrupp Corporate Archives

Auch das 3. Quartal zeigte einen unbefriedigenden Unfallverlauf. Nur einem Betrieb gelang es, sich durch Verbesserung der Unfallzahlen von dem roten Querbalken zu befreien.

Der Hochofenbetrieb verschlechterte seinen Monatsdurchschnitt gegenüber dem Stand vom 30. 6. von 4,2 auf 4,7 und liegt z. Z. wesentlich über dem Vorjahrsdurchschnitt von 3,6 Unfällen.

Im Stahlwerk stiegen die Unfälle im Vergleichszeitraum von 11,3 auf 14,0. Auch hier ist ein starker Anstieg gegenüber dem Durchschnitt des Vorjahres von 9,3 zu verzeichnen.

Die Walzwerke konnten zwar ihren Unfalldurchschnitt von 29,3 auf 28,6 verbessern, sie liegen aber immer noch über dem Durchschnitt des Vorjahres von 26.

ZAHLEN DIE UNS MAHNEN

Betrieb	Meldepflichtige Betriebsunfälle absolut			Monats-durchschnitt absolut		Sch echter als Vorjahr
	Juli	Aug.	Sept.	1963	1964	
H 1	1	6	5	2,7	3,8	
H 2	1	2	—	0,4	0,7	
HES	—	1	1	0,5	0,2	
H Gesamt	2	9	6	3,6	4,7	
STh	6	6	1	3,4	2,8	
SSch	1	1	—	0,7	0,6	
SM I	5	2	5	2,0	3,3	
SN	3	1	3	0,4	1,7	
SM II	5	9	10	2,8	5,6	
S Gesamt	20	19	19	9,3	14,0	
W Block	2	1	2	1,3	0,7	
850er	1	—	—	0,1	—	
750er	1	2	1	0,3	1,2	
Stab	2	3	2	2,1	1,8	
W Draht I	5	2	2	3,8	2,7	
Konti	—	—	1	0,1	0,1	
W Rad	—	—	1	0,2	0,4	
Feinstr.	—	1	1	0,8	0,6	
W Draht II	1	3	1	1,2	1,8	
W Dreh	—	—	—	0,5	—	
WZu 550	1	4	2	2,8	3,8	
WZu 750	3	2	1	1,7	1,9	
WZu Gru	—	—	—	0,1	0,2	
WZu Bl. Kn.	2	2	2	2,4	2,2	
WZu Fein	1	1	—	3,3	2,0	
BIG	—	1	—	0,1	0,6	
BIM	—	1	1	0,7	0,4	
BIF	—	—	—	0,4	0,1	
BIGZ	2	2	2	1,9	3,3	
BIMZ	1	2	—	0,8	1,3	
BIFZ	1	4	2	0,4	1,3	
BIPr	1	—	1	0,3	0,8	
BI Beiz	—	—	—	0,5	0,1	
WZu Draht I	2	1	2	0,3	1,2	
W Gesamt	25	32	24	26	28,6	

Die Unfälle der Maschinellen Hilfsbetriebe stiegen von 18,5 auf 19,8. Dadurch verringerte sich der Abstand gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt (20,1) erheblich.

Auch im Zementwerk war ein Anstieg von 0,8 auf 1,0 feststellbar. Trotzdem liegt das Zementwerk noch unter dem Vorjahresdurchschnitt von 1,3.

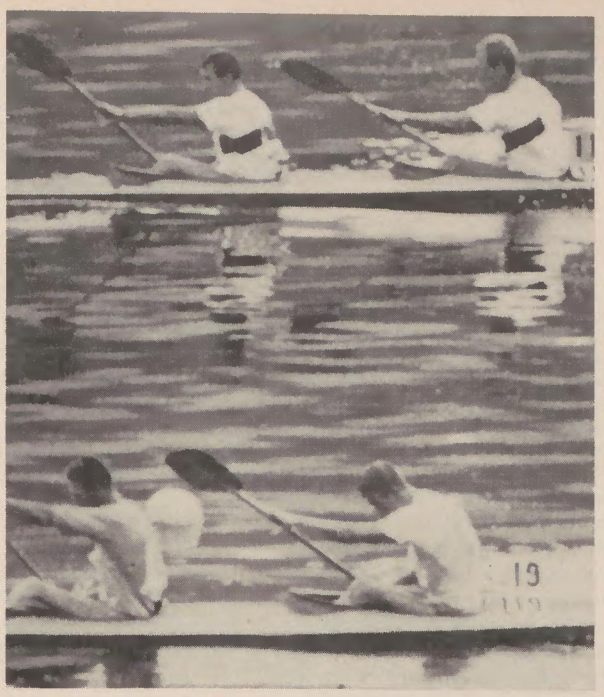
In den Verkehrsbetrieben zeigte sich ein besonders starker Anstieg von 5,8 auf 7,3. Auch hier wird z. Z. noch ein besserer Stand als im Vorjahr (7,8) erreicht.

Erfreulich ist, daß die Sozialbetriebe im 3. Quartal ohne Unfall gearbeitet haben und daß es ihnen dadurch gelang, ihren Monatsdurchschnitt gegenüber dem Durchschnitt des Vorjahres zu verbessern und sich somit von dem roten Querbalken zu lösen.

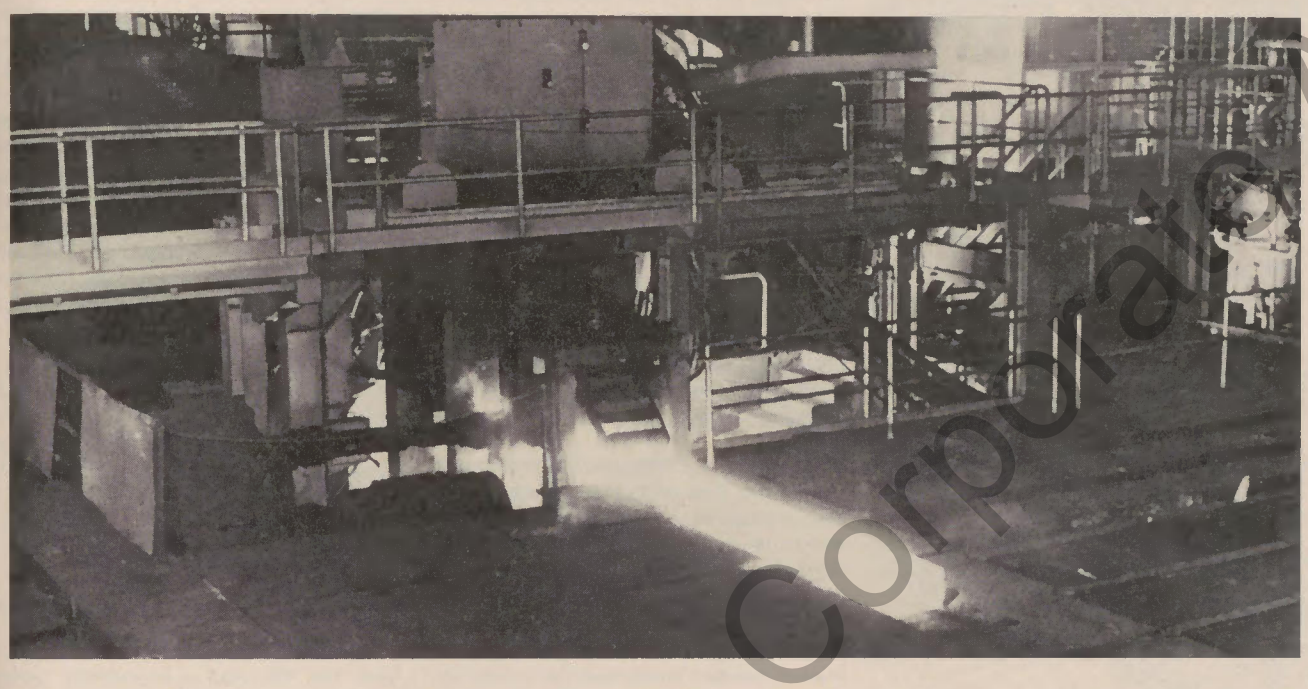
Nur noch ein Quartal steht in diesem Jahr zur Verfügung, um die Unfallzahlen zu beeinflussen. Vielleicht gelingt es durch intensive Mitarbeit aller Kollegen noch einigen Betrieben, bis zum Jahresende bessere Ergebnisse zu erreichen. Voraussetzung hierfür sind aber klare Arbeitsanweisungen und sicherheitsbewußtes Arbeiten.

Betrieb	Meldepflichtige Betriebsunfälle absolut			Monats-durchschnitt absolut		Schlechter als Vorjahr
	Juli	Aug.	Sept.	1963	1964	
MHK	—	—	1	0,4	0,3	
MHW	1	2	—	0,8	0,7	
MHR	1	2	—	0,8	0,2	
MEH	—	2	—	0,8	1,1	
Bau H	—	—	3	0,3	0,7	
MW	1	—	1	0,6	0,9	
MDK	1	—	1	0,6	0,2	
MSK	—	—	—	—	—	
MS	12	6	9	8,7	9,4	
MES	5	4	3	1,6	2,4	
MSW	1	2	2	2,2	1,3	
Bau S	4	—	1	1,3	0,7	
MTW	—	—	—	—	0,1	
MBIK	—	—	—	0,2	0,2	
MBIM	—	—	2	1,3	0,7	
MEBI	—	—	1	0,3	0,1	
Bau BI	—	—	—	0,2	0,2	
M Gesamt	26	18	24	20,1	19,8	
Z	—	2	—	0,3	0,4	
ZSt	—	1	1	1,0	0,6	
Z Gesamt	—	3	1	1,3	1,0	
VkE	4	3	5	3,3	3,0	
VkEba	3	—	1	0,4	0,9	
VkEW	4	5	4	3,4	3,0	
VkHW	1	1	—	0,7	0,4	
Vk Gesamt	12	9	10	7,8	7,3	
So Be	—	—	—	0,4	0,3	
Krb	—	—	—	—	—	
PAW	—	—	—	0,3	0,4	
WS	—	—	1	0,1	0,1	
AV	1	—	—	0,4	0,1	
WA	—	1	1	0,7	0,7	
VA	—	2	3	1,4	1,4	
BWs	1	—	—	0,1	0,2	

Thyssen Krupp Corporate Archives



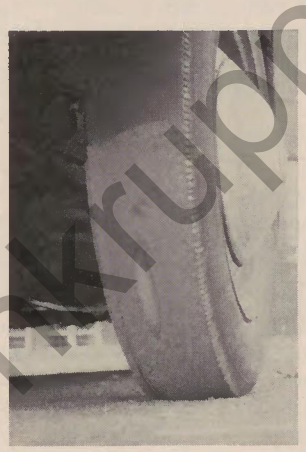




■ Bild oben links: Bei den Olympischen Spielen in Tokio konnte unser Belegschaftsmitglied Heinz Büker (rechts oben) mit seinem Kameraden Zander im Zweier-Kajak eine Bronzemedaille erkämpfen. Der strahlende Sieger wurde in einem Autokorso durch Oberhausen zu einem Empfang in der Stadthalle geleitet (Bild rechts).

■ Hinter der Blockstraße wurde kürzlich eine Heißflämmaschine in Betrieb genommen. Sie ist so ausgelegt, daß alle zwei Minuten ein Vorblock mit einem Querschnitt von 310x180 mm durchgesetzt werden kann. Die geflämmten Blöcke werden anschließend auf der Kontistraße weiterverarbeitet. Eine Besonderheit der neuen Anlage ist die automatische Düseneinstellung.

echo im bild





■ Bild Mitte links: Bei einem Kontrollrundgang der Verkehrspolizei im Rahmen der Beleuchtungswoche wurde das Fahrzeug eines Belegschaftsangehörigen in einem derart sicherheitswidrigen Zustand angetroffen, daß die Ordnungshüter eine schriftliche Mängelrüge erteilten. Sämtliche vier Reifen waren bis auf die Leinwand abgefahren, die Karosserie war überaus stark zerfressen, die Auspuffanlage defekt, die Achsschenkelbolzen hatten unzulässiges Spiel und die Prüfplakette zeigte an, daß der Vorführtermin vor dem TÜV weit überschritten war. Der Pkw-Besitzer wurde ersucht, die Mängel unverzüglich beheben zu lassen und sein Fahrzeug dann der Polizei vorzuführen. Nichts von beidem geschah. Nach Ablauf einer Woche machte die Verkehrspolizei kurzen Prozeß. Sie entstempelte das Fahrzeug und zog den Kraftfahrzeugschein ein. Der leichtsinnige Besitzer hat außerdem mit einer empfindlichen Geldstrafe zu rechnen.





■ Parkplätze können so (Bild links unten) oder so (rechts unten) aussehen. Während der Parkplatz hinter der Hauptverwaltung so vollgepfropft ist, daß kaum noch der Fahrweg offen ist, herrscht auf dem Parkplatz am Dammweg gähnende Leere. Die Bilder wurden um 14 bzw. 14.05 Uhr gemacht. Nochmals wird den aus Richtung Essen kommenden Belegschaftsmitgliedern empfohlen, ihren Wagen auf dem Parkplatz am Dammweg abzustellen.

thyssenkrupp Corporate Archives

Siebenunddreißig arbeiteten an einem Bau

Siebenunddreißig Männer arbeiteten an einem Bau. Sie arbeiteten an der Verschönerung eines Hauses. Man wollte ein Zimmer an- und einen Stock aufsetzen. Man sieht heute viele derartige Bauvorhaben.

Unter den am Bau Beschäftigten fiel mir einer auf, der war das Aschenputtel. Auf ihm hackten alle herum, wie auf einem Hühnerhof die Hennen auf einer lahmen Henne. Er war der Ärmste von allen, verhärmt, verschwitzt, außer Atem und bereits halblahm, sie jagten ihn unermüdlich herum. Er kam nicht eine Minute zum Stehen, geschweige zum Sitzen.

Der Bauführer, der den Bau bewachte, ließ ihn von nebenan eine Portion Kaffee holen und schickte ihn nochmals nach einer Schinkensemmel zurück, der Polier ließ sich vom Zigarrenladen am Bahnhof Zigarren holen, seine bestimmte Sorte, der Rohrschweißer brauchte einen neuen Lötkolben von daheim, dem Elektriker fehlten Sicherungen und Klemmen, der Zementmixer wollte verschnaufen und ließ den Abgehetzten weiterrühren.

Dann fuhr ein Lastwagen vor, er mußte die Zementsäcke abladen, allein, dann kam Sand, er mußte ihn abschaufeln, allein — das ging so den ganzen Tag. Wo es eine untergeordnete Arbeit gab, wo ein Weg zu gehen war, wo etwas zu holen und herbeizuschaffen war — man rief den Verschwitzten, den Abgehetzten.

Die Steinmetzen riefen:

„Bringen Sie uns zwei Kisten Bier!"

Die Ziegelträger riefen:

„Holen Sie uns zehn Buletten mit Senf!"

Die Rohrleger riefen:

„Zehn Frühstücksgulasch mit frischen Semmeln!"

Der Maler sagte:

„Waschen Sie mir die Pinsel aus!"

Der Glaser sagte:

„Putzen Sie die Scheiben und holen Sie neuen Kitt!"

Der Schreiner verlangte: „Bringen Sie mir die Wasserwaage!" . . .

Ich sah den Abgejagten, den Abgehetzten, wie ihm schon die Zunge zum Hals heraushing, wie sein Hemd verschwitzt war, sein Rock verdreckt, seine Schuhe schiefgelaufen, wie ihm die Hobelspäne im Haar hingen und die Zementspritzer an der Hose patzten, wie er immer krummer und krümmer wurde, ein Galeerensklave.

„Warum lassen Sie sich von allen so herumkommandieren?" fragte ich ihn. Er antwortete: „Ich habe mich freiwillig angeboten, damit der Bau schneller weitergeht."

„Ja, wer sind Sie denn? Sind Sie für alle am Bau der Knecht?"

Er sagte demütig:

„Nein. Der Herr. Der Bauherr."

J. H. R.



Warum nicht mehr Wohnungen?

Auf der letzten Belegschaftsversammlung wurden unter anderem auch einige Fragen zum Thema Wohnungsbau gestellt. Prokurist Ernst Viebahn, Leiter der Sozialabteilung, hat dazu eingehend Stellung genommen. Wir glauben aber, daß die Beantwortung der Fragen auch diejenigen Mitarbeiter interessieren wird, die nicht an der Belegschaftsversammlung teilgenommen haben oder nicht mehr anwesend waren.

Frage: Warum werden nicht mehr Wohnungen gebaut?

Die Tatsache, daß im Augenblick und auch in Zukunft nicht mehr Wohnungen gebaut werden, hängt unmittelbar davon ab, daß von Jahr zu Jahr immer weniger öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Der WGD ist es jedoch nach langwierigen Verhandlungen gelungen, über die Zuteilung im Rahmen des Stahlarbeiter-Wohnungsbauprogramms hinaus zusätzliche öffentliche Mittel zu erhalten. Hierdurch konnte unser Wohnungsbauprogramm aufgestockt werden.

Der Ersatz von öffentlichen Mitteln durch zusätzliche Eigenmittel des Werkes über den sowieso schon zu leistenden Beitrag hinaus ist nicht möglich, da die eigenen Mittel ihrem Umfang nach begrenzt sind. Die Aufnahme zusätzlicher Mittel in Form von Darlehen mit entsprechend hohen Zinsbelastungen würde zu untragbaren Mieten führen. Außerdem sei noch erwähnt, daß dem Wohnungsbau unseres Werkes auch dadurch Grenzen gesetzt sind, daß nicht genügend geeignete Grundstücke zur Verfügung stehen.

Frage: Warum sind die Mieten bei Neubauten so hoch?

Die Miethöhe ergibt sich aus den Baukosten. Der Baupreisindex auf der Basis 1958 = 100 ist inzwischen (August 1964) auf 149,2 gestiegen. Mit anderen Worten, die reinen Baukosten haben sich um die Hälfte erhöht. Hinzu kommen noch die gegenüber den Baukosten überproportional gestiegenen Grundstückskosten. Im gleichen Zeitraum sind jedoch die öffentlichen Darlehen je Wohneinheit nicht mehr erhöht worden, so daß praktisch die Baukostensteigerungen ausschließlich über teureres Fremdkapital aufgefangen werden müssen. Daß der Rückgriff auf höhere Eigenmittel nicht möglich ist, haben wir schon dargelegt.

In den letzten Jahren sind aber auch die Wünsche der Mieter nach größerer Wohnfläche und nach höherem Wohnkomfort gestiegen. Die Erfüllung dieser Wünsche schlägt sich natürlich in den Baukosten und damit auch in den Mieten nieder.

Wie Arbeitsdirektor Strohmenger auf der letzten Jubilarfeier erklärte, will die HOAG am Stahl und nicht an den Mieten verdienen. Deshalb wird genau wie bei unseren Altbauwohnungen auch bei den Neubauwohnungen nur die reine Kostenmiete erhoben.

Für die Berechnung der von der Bewilligungsbehörde festgesetzten Mieten gelten bestimmte Absätze der Berechnungsverordnung, auf deren Höhe der Bauherr keinen Einfluß nehmen kann.

Frage: Warum verzögert sich die Fertigstellung?

Insbesondere im Ausbaugewerbe zeigen sich heute als Folge der starken Bautätigkeit und der besseren Ausstattung der Wohnungen Überhitzungserscheinungen, die zwangsläufig zu einer Verzögerung der Baufertigstellung führen. Wir haben bereits gesagt, daß uns nicht mehr genügend geeignete Grundstücke zur Verfügung stehen. Wir sind deshalb darauf angewiesen, kleinere Grundstückseinheiten zu bebauen und Baulücken zu schließen. Ein rationeller Arbeitsablauf wie er sich bei großen Bauvorhaben ergibt, ist dabei nicht möglich. Sofern doch größere Bauvorhaben durchgeführt werden konnten, gingen der Bebauung umfangreiche und verzögernde Vorbereitungsarbeiten, die zeitraubende Räumung und der Abbruch älterer Wohngebäude voraus.

Auf welche Weise es vielleicht doch gelingt, allen Verzögerungen zum Trotz Wohnungen schneller fertigzustellen, hat Jo Hanns Rösler in der nebenstehenden Geschichte aufgezeigt.

Auch Wohnungsgesellschaften ziehen um

In der Zeit vom 1. bis 15. Dezember wird die Wohnungsgesellschaft Dümpten von der Hauptverwaltung in die Marienburgstraße 8 umziehen. Die WGD bittet, in dieser Zeit, außer in dringenden Fällen, von Besuchen abzusehen. Wohnungssuchende werden gebeten, sich ab 1. Dezember 1964 an die Sozialabteilung, Meldestelle für Wohnungssuchende, auf dem ehemaligen Bauhof, Essener Straße 33, gegenüber der Hauptverwaltung, zu wenden. Alle anderen Wohnungsangelegenheiten, wie Instandsetzungen, Mietzahlungen oder Beschwerden, werden auch weiterhin nur durch die WGD wahrgenommen. Die bisherigen Sprechstunden, montags und freitags von 9 bis 12 Uhr und mittwochs von 13.30 bis 16.30 Uhr, bleiben weiter bestehen.

Auch die WGD möchte ihre Arbeiten reibungslos abwickeln können. Sie richtet deshalb an alle Mieter die Bitte, sich an die vorgesehenen Sprechstunden zu halten.

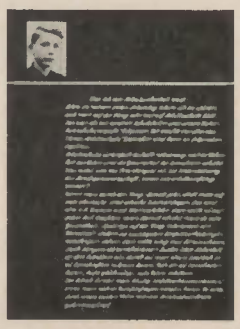
echo der arbeit

Werkzeitschrift der Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft, Oberhausen (Rhld.).
Verantwortlich: Direktor Karl Strohmenger.
Redaktion: Helmut Claus und Caren Straeter.
Anschrift der Redaktion: Oberhausen (Rhld.), Essener Straße 66 (Hauptverwaltung), Telefon 24681, Werksruf 4267 und 4299. Zustellung kostenlos.
Textbeiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen die Meinung des Autors und nicht unbedingt die der Redaktion dar.
Herstellung: VVA-DRUCK, Vereinigte Verlagsanstalten G.m.b.H., Oberhausen (Rhld.) + Düsseldorf.
Klischee-Herstellung: Vignold, Essen (Ruhr), Gärtnerstraße.



Titelseite: Die Handverletzung ist schnell verbunden. Es ist noch einmal gut abgegangen. Ob es aber auch beim nächsten Mal wieder gut geht, hängt von der Beachtung ab, die wir alle dem Thema Sicherheit schenken.

Rückseite: „Sich an die Unfallvorschriften halten, heißt gleichzeitig sein Leben schützen." Zu dieser Schlußfolgerung kommt Joachim Kaczmarek, Lehrling im ersten Lehrjahr, in seinem Aufsatz über das Thema: „Was ich vom Arbeitsschutz weiß." Er bekam dafür die Note sehr gut.



Swing

Englisch: Spielraum. Diesmal ist nicht der Tanz damit gemeint, sondern der in bilateralen Handelsverträgen vereinbarte Kreditbetrag, bis zu dem das mit seinen Lieferungen im Rückstand befindliche Land sich bei der fremden Verrechnungsstelle verschulden darf. Erst wenn der Swing überschritten ist, werden die Lieferungen aus dem anderen Land gesperrt oder aber die Zahlungen sind anstatt auf dem Verrechnungswege in Devisen zu leisten.

Syndikalismus

Aus der französischen Gewerkschaftsbewegung in den 90iger Jahren entstandene anarchistische Form des Sozialismus. Nach syndikalistischer Auffassung ist der Staat die Exekutive der herrschenden Klasse. Im Kapitalismus also der Kapitalistenklasse. Deshalb besteht auf seiten der klassenbewußten Arbeiterschaft eine Gegnerschaft gegen den Staat. An seine Stelle sol nach Ansicht der französischen Syndikalisten eine „ökonomische Föderation" treten, deren kleinste Einheit die lokalen Gewerkschaften wären.

Syndikat

Das Syndikat ist ein Zusammenschluß von Unternehmungen zum Verkauf ihrer Erzeugnisse nach einheitlichen Richtlinien über eine gemeinsame Verkaufsstelle. Der unmittelbare Verkehr zwischen Produzent und Verbraucher ist unterbrochen. Die ab 1919 auf Veranlassung des Staates auf dem Gebiet der Kali-, Kohle- und Energiewirtschaft errichteten Zwangssyndikate sollten dazu dienen, den freien Wettbewerb im Interesse des Staatswohls zu vermeiden. Sie sind nach 1945 aufgelöst worden.

Taft-Hartley-Act

Amerikanisches Arbeitsgrundgesetz, das nach den Streikwellen von 1947 entstand und den Zweck verfolgt, der gewerkschaftlichen Machtausübung Grenzen zu setzen. Es verbietet u. a. unfaire Praktiken der Beitragsfestsetzung und -erhebung und Zuwendungen der Gewerkschaften an politische Gruppen.

Tantieme

Anteil am Jahresgewinn eines Unternehmens, der entweder in der Satzung oder im Anstellungsvertrag vorgesehen ist.

thyssenkrupp Corporate Archives

Unterhaus

House of Commons. Die vom Volk gewählte erste Kammer des englischen Parlaments. Sie entspricht unserem Bundestag, ist also für die Gesetzgebung zuständig. Die Mitgliederzahl des Unterhauses beträgt 625. Das Unterhaus kann nur nach Einberufung durch die englische Königin zusammentreten. Die Königin kann vor Ablauf der Wahlperiode das Unterhaus auflösen, wenn die Nachwahlen ergeben, daß seine Zusammensetzung nicht mehr dem Willen des Volkes entspricht.

Vasallenstaat

Man versteht darunter einen Staat, der rechtlich einem anderen Staat untergeordnet ist, z. B. Andorra und Monaco gegenüber Frankreich, San Marino gegenüber Italien. Der Vasallenstaat kann nach innen weitgehend selbständig sein, während er nach außen vom Oberstaat vertreten wird. Im weiteren Sinne bezeichnet man als Vasallenstaat aber auch einen Staat, der machtpolitisch und weltanschaulich von einem Großstaat abhängt.

Verbalnote

Diplomatischer Ausdruck für eine mündliche Erklärung. Wenn es heißt, daß ein Gesandter dem Außenminister eine Verbalnote überreicht hat, so ist damit gemeint, daß er ihn aufgesucht und ihm eine mündliche Erklärung abgegeben hat. Die Verbalnote ist eine mildere Form der diplomatischen Note.

Vereinte Nationen

United Nations. Sie wurden nach Schluß des zweiten Weltkrieges auf der internationalen Konferenz von San Francisco im Jahre 1945 gegründet. Der Zweck der Organisation ist, gemäß der Satzung oder Charta, die Erhaltung des Friedens, die Förderung der internationalen Zusammenarbeit und die Erhaltung der Menschenrechte. Streitigkeiten unter den Mitgliedsstaaten sollen auf friedliche Weise beigelegt werden. Die Einmischung in innere Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten ist dagegen ausgeschlossen, doch darf dieser Grundsatz nicht die Durchführung von Sanktionen beeinträchtigen. Die Organisation soll weiter dafür sorgen, daß Nichtmitglieder entsprechend den Grundsätzen handeln, soweit dies für die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit erforderlich ist. Die Generalversammlung tritt einmal im Jahr zusammen, falls es sich als notwendig erweist, außerdem auf besondere Einberufung. Als Hauptorgan der Vereinten Nationen tagt der Sicherheitsrat ununterbrochen. Von den elf Mitgliedern dieses Gremiums sind fünf dauernd berufen, und zwar Großbritannien, die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Frankreich und National-China. Sechs weitere werden dagegen jeweils von der Generalversammlung hinzugewählt.

TASS
Amtliche sowjetische Nachrichtenagentur.

Taxkurs
Ein auf Schätzung beruhender Kurs für ein nicht im Börsenhandel befindliches oder längere Zeit nicht notiertes Papier.

Territorium
Staatsgebiet. Der Ausdruck wird aber häufig für solche Gebiete gebraucht, die zwar einer Staatshoheit unterstehen, aber außerhalb der normalen Staatsorganisationen verwaltet werden, insbesondere schwach- oder nichtbesiedelte arktische Gebiete. In den USA zum Beispiel haben die meisten Gliedstaaten zuerst den Stand eines Territoriums gehabt, ehe sie als gleichberechtigte Staaten in die Union aufgenommen wurden.

Totalitärer Staat
Während die demokratische Staatsauffassung dem Staat nur bestimmte Aufgaben zuweist und die Gestaltung des Lebens in den übrigen Sphären dem Menschen selbst oder freien Vereinigungen überläßt, trachtet der totalitäre Staat danach, die staatliche Sphäre über das ganze Leben auszudehnen. Das Individium zählt nichts, der Staat ist alles. Die Regierungsform des totalitären Staates ist die Diktatur.

Transfer
Lateinisch: Übertragung, Überweisung. Man versteht darunter insbesondere die Überweisung von Geld ins Ausland. In sogenannten Transfer-Abkommen werden zwischenstaatliche Vereinbarungen über die Abwicklung des internationalen Zahlungsverkehrs getroffen.

Unitarismus
Lateinisch: Streben nach Einheit. Man versteht darunter die Bestrebungen, aus einem Staatenbund oder einem Bundesstaat einen einheitlichen Staat zu machen. Der Unitarismus steht damit im Gegensatz zum Föderalismus. Mit der Beseitigung der deutschen Länder als Staaten im Jahre 1934 war Deutschland ein unitarischer Staat geworden. Als Weiterführung des Unitarismus ist der Zentralismus anzusehen, der dadurch gekennzeichnet ist, daß er den Mittel- und Unterbehörden möglichst wenig Befugnisse gibt. Alle Entscheidungen sollen in der Staatsspitze getroffen werden.

Weimarer Reichsverfassung
Verfassung des deutschen Reiches vom 11. August 1919, die in der thüringischen Stadt Weimar von der Nationalversammlung beschlossen und vom damaligen Reichspräsidenten Ebert unterzeichnet wurde. Die deutsche Republik von 1919 bis 1933 wurde als Weimarer Republik bezeichnet, weil sie sich auf die Weimarer Verfassung gründete.

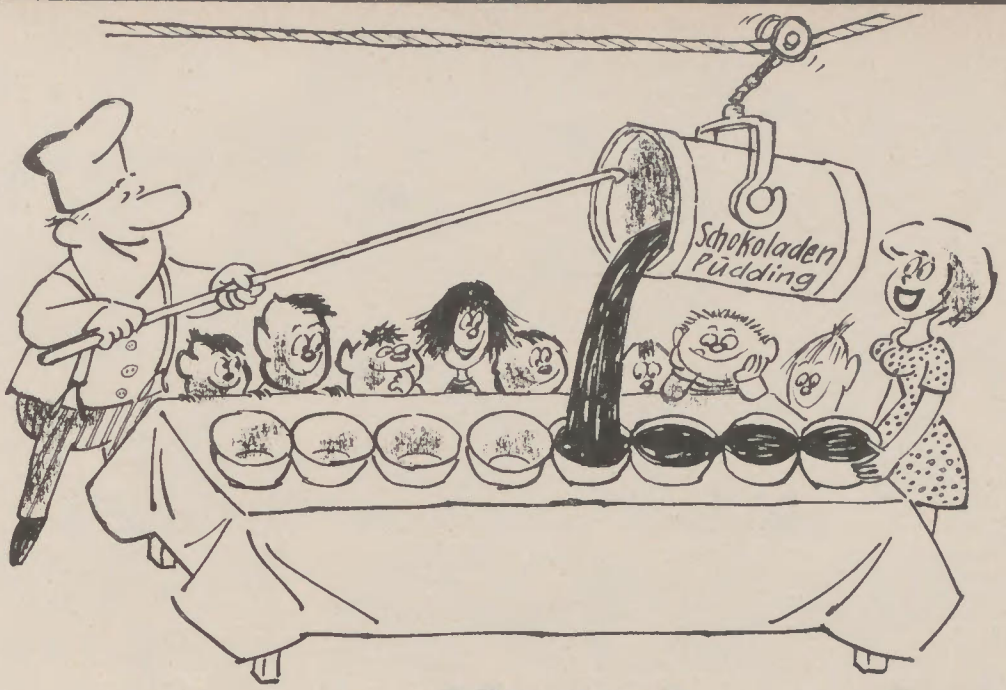
Wertpapiere
Urkunden, in denen ein Recht auf eine bestimmte Summe Geldes z. B. Wechsel, Scheck oder Banknote, Aktie usw. oder eine Warenladung, z. B. Konnossement, verbrieft ist. Nur unter Vorlage und Rückgabe des Wertpapiers ist der aus der Urkunde Verpflichtete zur Leistung verpflichtet.

Young-Plan
Abkommen zur Regelung der deutschen Reparationsleistungen 1929, benannt nach dem amerikanischen Wirtschaftler und Vorsitzenden der Reparationskommission Own D. Young. Der Youngplan sah Reparationskosten in Höhe von 121 Mrd. Reichsmark vor, die innerhalb von 59 Jahren ratenweise erlegt werden sollten. Die Reparationsleistungen des Deutschen Reiches entfielen aber nach dem Lausanner Abkommen von 1937.

Zahlungsbilanz
Gegenüberstellung der Zahlungsforderungen und Zahlungsverpflichtungen eines Landes an die anderen Länder. Sie gliedert sich auf in die Handelsbilanz (Warenbilanz), Dienstleistungsbilanz, Zinsen und Dividenden, Reparationszahlungen, Gold und Devisen (Devisenbilanz). Die Zahlungsbilanz kann aktiv sein, d. h. die Forderungen übersteigen die Verpflichtungen, oder passiv, d. h. die Verpflichtungen übersteigen die Forderungen.

Zweikammernsystem
In den meisten demokratischen Staaten ist das Parlament in zwei Kammern aufgeteilt, in England in das Oberhaus und Unterhaus, in den USA in Senat und Repräsentantenhaus, in der Schweiz in Nationalrat und Ständerat und in der Bundesrepublik in Bundestag und Bundesrat. Während die eine Kammer das eigentliche Gesetzgebungsorgan ist, stellt die andere Kammer oft nur ein beratendes Organ dar. Doch kann die zweite Kammer auch beträchtliche Befugnisse haben, so z. B. der Senat in den USA, der weitgehendst Einfluß auf die Außenpolitik nehmen kann.

thyssenkrupp Corporate Archives



Mitdenken und verbessern

auch zu Hause



thyssenkrupp Corporate Archives



Was ich von Arbeitssicherheit weiß.

Schon an meinem ersten Arbeitstag bekam ich zu spüren, daß man auf der Hoag sehr viel auf Arbeitsschutz hält. Das war, als wir unseren Schutzhelm und unsere Sicherheitsschuhe „verpaßt" bekamen. Ich machte mir über das Thema „Arbeitsschutz" Gedanken und kam zu folgendem Ergebnis:

Arbeitsschutz ist einfach deshalb notwendig, weil die Sicherheit das Leben und die Gesundheit des Einzelnen schützt. Was nützt uns das Krankengeld od. die Unterstützung der Berufsgenossenschaft, wenn wir arbeitsunfähig werden?

Wenn man durch den Hoag-Betrieb geht, stößt man auf viele akustische und optische Warnanlagen. Das sind also z.B. Sirenen und Warnschilder. Man sollte sie auf jeden Fall beachten, denn damit schützt man ja seine Gesundheit. Neulinge auf der Hoag bekommen ein Handbuch, indem die wichtigsten Unfallverhütungsvorschriften stehen. Man sollte ruhig mal hineinschauen. Auch hängen die verschiedenen Tafeln über Sicherheit in den Betrieben aus, durch die man einen Einblick in die Vorschriften nehmen kann. Sich an die Vorschriften halten, heißt gleichzeitig, sein Leben schützen.

Im Betrieb findet man häufig „Unfallvertrauensmänner," an die man sich in Zweifelsfragen wenden kann. Sie sind durch einen weißen Helm mit dem Arbeitsschutzkreuz gekennzeichnet.

thyssenkrupp Corporate Archives